

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 50

April 1981

80 Pfg. Solidaritätspreis DM 1,20

Tarifrunde 81

OHNE KAMPF KEIN ERFOLG

Kaufkraft muß erhalten bleiben

In der diesjährigen Tarifrunde haben - nicht nur in der Metallindustrie - die Kollegen landauf, landab ihre Bereitschaft gezeigt, für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards zu kämpfen. Bis Redaktionsschluss war der weitere Verlauf noch nicht absehbar. Wir drucken hier den Bericht eines IG-Metall-Kollegen ab:

Im Dezember 1980 beschloß die hessische Tarifkommission der IG Metall für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden, in der Tarifrunde 1981 folgende Forderungen aufzustellen, die ab 1. Februar gelten sollten:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8% einschließlich der Verbesserung der Lohnstruktur um vorab 25 DM in den Lohngruppen 2 bis 5
- Streichung aller Geldbeträge unter 1.415 DM in der Gehaltstabelle
- die Ausbildungsvergütungen werden pro Monat wie folgt erhöht:
 - 1. und 2. Ausbildungsjahr: 60 DM
 - 3. und 4. Ausbildungsjahr: 50 DM
- Hauptziel hierbei war es, die Realeinkommen zu sichern und die "Schere" zwischen niedrigen und höheren Lohngruppen zu schließen.

Das Angebot

Der Arbeitgeberverband reagierte mit dem knappsten Angebot seit Jahren: 2,5% Erhöhung seien noch zu ver-

**von Denis Delaruelle
Jungsozialist und
Mitglied des IGM-Vertrauens-
körpers bei F&G, Arolsen**

antworten, zu allen weiteren Forderungen der IG Metall sagte er einfach Nein. In einer zweiten Verhandlung (Ende Januar 1981) kam der Unternehmerverband "Gesamtmittel" mit einem neuen "Angebot": für jedes Prozent, worauf die IG Metall verzichten würde, könnte ein zehntel Prozent auf das Angebot von 2,5% draufgelegt werden. Die IG Metall-Verhandlungskommission kam zu der Auffassung, daß es keinen Sinn hatte, unter solchen Umständen weiterzuverhandeln.

Bereitschaft zum Arbeitskampf

Da die IG Metall, gebunden an eine Friedenspflicht bis zum 28. Februar, zu keiner Kampfmaßnahme aufrufen durfte, reagierten die Kollegen in den Betrieben mit spontanen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, um die Forderungen ihrer Gewerkschaft zu unterstützen.

Auch die 3. Verhandlung (Mitte Februar) blieb ohne Ergebnis. Es gab kein Angebot, das über 2,5% hinausreichte. Schon da war es für alle klar, daß vor Ablauf der Friedenspflicht nicht mehr mit einem Tarifkompromiß zu rechnen sei. Die Metallarbeiter

machten ihren Unmut mit zahlreichen spontanen Aktionen in hessischen Betrieben deutlich. Nach einem 3%-Angebot wurde auch die vierte Verhandlung (Ende Februar) abgebrochen. Mehr als 18.800 Metallarbeiter legten in 31 Betrieben spontan die Arbeit nieder.

Schwächung der Arbeitnehmerorganisationen

"Gesamtmittel" hat mit seinem Konfrontationskurs bewiesen, daß die Unternehmer zwei Ziele erreichen wollen:

- 1) In diesem Jahr Löhne und Gehälter und Ausbildungsvergütungen abzubauen. Realeinkommen und Lebensstandard sollen sinken.
- 2) Die IG Metall soll geschwächt werden. Sie soll sich schon jetzt dem Lohndiktat beugen oder kraftlos gemacht werden durch Arbeitskämpfe, wobei uns die Unternehmer Art und Umfang aufzwingen (Aussperrung!).

Arbeitskampf

Schon in den ersten Tagen nach Ablauf der Friedenspflicht finden im ganzen Bundesgebiet Warnstreiks statt, Kolleginnen und Kollegen demonstrieren ihre Kampfbereitschaft. Die Arbeiter gehen raus aus den Betrieben, in Städten und Gemeinden erklärt man dem Bürger, worum es geht.

Fortsetzung auf S. 2



Die Krise der SPD

Seit dem 5. Oktober 1980 (dem Wahltag) nimmt die öffentliche Unterstützung für die SPD ab. Noch nie hat eine neugewählte Regierung in der BRD einen so rasanten Verfall ihrer Stellung erlebt, wie die gegenwärtige sozialliberale Koalition.

Für die SPD-Spitze jagt ein Debakel das nächste: die Hansen-"Affäre", die Kritik linker Bundestagsabgeordneter am Rüstungshaushalt; der Finanzierungsskandal um das Krampfflugzeug "Tornado"; der Hamburger SPD-Beschluß zur Ablehnung des AKW Brokdorf; der Rücktritt von Klaus Matthiesen als SPD-Spitzenkandidat bei den nächsten Landtagswahlen aus Protest gegen die Bonner Atompolitik; der wachsende innerparteiliche Widerstand gegen die "Nachrüstung"; die zunehmende Opposition gegen die geplanten Rüstungsexporte nach Chile; die Garski-Affäre mit anschließendem Rücktritt der gesamten Berliner Stadtregierung samt notwendigem "Import" einer neuen Ersatzmannschaft; eine Welle von Hausbesetzungen in fast allen Großstädten; die "neue Jugendbewegung", die ihre Wut über alle möglichen Mißstände

(Wohnungsnot usw.) nicht nur auf die brave Weise entläßt; das katastrophale Abschneiden bei den hessischen Kommunalwahlen...

Herbert Wehner dachte bereits mehrmals öffentlich über eine bevorstehende Spaltung der SPD nach. Mit einem vom Parteivorstand beschlossenen "Fünf-Punkte-Programm" wurden aufkommende Differenzen schnell überkleistert.

Hans-Jürgen Wischnewski sprach von "schweren Turbulenzen" und der "tiefsten Krise seit der Weimarer Republik", in der sich die SPD befindet.

Was steckt hinter diesen Entwicklungen? Auf welche Ursachen sind sie zurückzuführen? Welche Perspektiven stehen uns bevor? Ist die SPD auf dem "absteigendem Ast", der spätestens 1984 in eine tiefe Wahlniederlage führt? Oder sind die gegenwärtigen inneren Auseinandersetzungen erst Vorboten und Beginn einer weitreichenden Gärung und Polarisierung, die (ähnlich wie in der britischen Labour Party) am Ende zu einem Selbstreinigungsprozeß und Linksrutsch der SPD führen wird?

(Mehr darüber auf Seite 4.)

Unterschiedliche Stimmung unter den Teilnehmern:

NACH BROKDORF - WIE WEITER?

* "Die Polizei hat mit uns gespielt. Wir waren total machtlos. Ich fühlte eine Sauwut in mir aufsteigen - trotzdem war ich ohnmächtig."

* "Nein, nein, ich finde, die Demonstration war 'n Riesenerfolg. Überleg' doch mal: 100.000, die bei der Kälte, trotz Verbot und Stimmungsmache in den Massenmedien diese Strapazen auf sich nahmen - das zeigt doch, wie groß das Potential des Widerstands ist!"

Zwei Teilnehmer an der großen Brokdorf-Demonstration am 28. Februar - zwei unterschiedliche Einschätzungen. Unterschiedliche Meinungen über das Geschehen, obwohl beide eigentlich das gleiche erlebten. Mit 24 Leuten in fünf PKW's waren wir in der Nacht zuvor losgefahren. Wir folgten einem Aufruf der Remscheider Jungsozialisten.

Zur Vorbereitung fand eine zwei-stündige Besprechung vor der Abfahrt statt. Das war notwendig: für viele war es die erste große Demo. Eine Menge Fragen mußten geklärt werden: Was tun, wenn jemand von uns verhaftet wird? Wie halten wir uns aus Zusammenstößen raus? Wie schützen wir uns vor Tränengas? Wie bleiben wir während der Demo zusammen? Was machen wir, wenn wir getrennt werden?



Hubschrauber landen mitten in der abziehenden Menge....

Dann gegen Mitternacht die Abfahrt. Im PKW-Konvoi stundenlang über die Autobahn. Hin und wieder Pausen. Unterwegs treffen wir immer mehr AKW-Gegner, die ebenfalls nach Brokdorf wollen. Wir erfahren von Kölner Demonstranten, daß sie bereits gefilzt worden seien. "Stauungen auf der Autobahn A1 Richtung Norden in der Nähe von Sittensen wegen ungewöhnlichen Verkehrsaufkommens...", meldet der Verkehrsfunk. Es ist halb zwei Uhr nachts. "Haha, 'ungewöhnliches Verkehrsaufkommen!' Mensch, das sind wir!

Da müssen ja Zehntausende unterwegs sein." - "Jaja und die Stauung wird wohl eine Polizeikontrolle sein..."

Wir verlassen die Autobahn. Unserem Ziel nähern wir uns lieber über eine Nebenstrecke. So war es abgemacht. Da - ein Satz in den Radionachrichten läßt alle aufhorchen: "... Brokdorf-Demonstration vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg endgültig verboten!" Das kann doch wohl nicht wahr sein! Glauben die wirklich, zehntausende PKW's würden jetzt noch - nachts um zwei Uhr! - brav um-

kehren?! Mit uns nicht, jetzt erst recht; wir werden unser Demonstrationsrecht verteidigen! Und zwar nicht dadurch, daß wir einen Rechtsanwalt beauftragen, uns dieses Recht vor Gericht einzuklagen, sondern indem wir dieses Recht einfach wahrnehmen, ohne jemanden zu fragen, ob wir dürfen oder nicht, und zwar hier und heute.

Wir fahren weiter. Unterwegs ist mal 'ne Kontrolle, eine VORAN und eine Eisenstange, die sich zufällig im Auto befand, werden uns abgenommen. Übernächtigt treffen wir um neun Uhr in Wilster ein. Der Abmarsch Richtung Bauplatz ist schon im Gang. Wir schließen uns an. Saukalt, ein stürmischer Gegenwind bremsst uns. Als wir aus dem Ort raus sind, die erste Überraschung: von dem Demonstrationszug ist kilometerweit weder Anfang noch Ende zu erblicken, so lang ist er. Damit hätte keiner gerechnet.

Nach einem Kilometer aber die erste Verwirrung. Alles staut sich. "Weitergehen, weitergehen!", rufen Sprechchöre von hinten. Aber wohin? Es geht vorne nicht mehr weiter. Ein Geräusch macht die Runde: "Da vorne hat die Polizei 'ne Sperre. Man kommt nur einzeln durch - wenn man sich filzen läßt!"

Niemand von der Demoleitung in Sicht, keine Ordner, alles total unorganisiert. Es scheint keine Verbindung nach vorne zu bestehen, Sprechfunk oder so. Da, ein Juso-Bundesvorstandsmitglied nähert sich. Ziemlich ratlos, der Genosse. Bespricht sich

mit einigen anderen. "Geradeaus weiter!" Protest einiger Umstehender, neue Beratungen, vermehrtes Chaos. "Rechts ab!" Jetzt ist die Verwirrung noch größer...

Schließlich teilt sich der Zug. Ein Teil geht weiter geradeaus, auf die Sperre zu (die noch gar nicht zu sehen ist). Läßt sich dort durchsuchen, verzögern, zerstreuen. Wir gehen mit den anderen. Versuchen, die Sperren zu umgehen. Es gelingt - auf Kosten stundenlanger Umwege. Weitere Sperren werden auf die gleiche Weise umgangen. Allmählich tun die Füße weh, wir frieren jämmerlich.

Fortsetzung auf S. 8

ARTIKEL ÜBER

- Aachener SPD.....S.2
- Wohnungsnot/Kampf gegen WAA Volksmarsch...S.3
- Krise der SPD.....S.4
- Hessische Kommunalwahl...S.5
- El Salvador/Polen.....S.6
- Arbeitswelt.....S.7
- Angebliche "Stromlücke" S.8

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.
Erscheint seit Dezember 1973.
Abopreis: 7,- DM für 6 Ausgaben
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesbergerstr. 75, 5630 Remscheid
Bankverbindung: Postscheckamt Essen, H.-G. Öfninger, Konto Nr. 170 20-433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger
Druck: Gegendruck, Essen

Ihr da oben...
...wir da unten

Linke Kritiker sollen Sündenböcke sein:

WARUM AUSTRITTE AUS DER SPD?

In der Hamburger SPD ist eine Debatte entstanden zum Thema: "Warum erleidet die Partei Mitgliederverluste?". Ausgelöst wurde das ganze durch den (rechten) Landesvorsitzenden Werner Staak, der dem (in den letzten Jahren von rechts nach halblinks gerückten) Bürgermeister Hans-Ulrich Klose "linke Absolutheitsansprüche" und "Hineintragen lähmender Kontroversen in die Partei" vorwarf. Eine ähnliche Kampagne führt bisher nur die Bild-Zeitung gegen Klose.

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres hat die Hamburger SPD 248 Austritte bei nur 107 Neueintritten und 50 Zuzügen zu verzeichnen. Rechnet man die 87 Wegzüge und die Todesfälle mit, hat die Partei - bei insgesamt 29.000 Mitgliedern - einen Schwund seit dem 1. Januar von 342 Mitgliedern zu verzeichnen.

Von den Ausgetretenen haben 60 ihren Schritt schriftlich begründet. Es ist zwar eine Tatsache, daß auch einige ältere Mitglieder die Partei verlassen haben; aber die meisten Austritte stammen von jungen Mitgliedern. Und ohne Jugend hat die ganze Partei keine Zukunft! Ihr Protest richtet sich in erster Linie gegen die Politik der Bonner Regierung (siehe Zitatenauswahl). Mitgliederschwund der SPD gibt's aber nicht nur in Hamburg. Man braucht nur die aktuellen "Themen" der Politik anzuschauen, und man weiß, warum Mitglieder austreten: Montanmitbestimmung, Brokdorf, das Bonner Atomprogramm, die nordhessische (geplante) Wiederaufarbeitungsanlage, bundesweite Wohnraumknappheit, Hausbesetzungen, "Nach"-Rüstung, U-Boote an Chile... Muß noch mehr aufgeführt werden? Welcher Neunmalkluger wagt es angesichts dieser Tatsachen noch, die Schuld für das Resignieren von SPD-Mitgliedern auf angebliche "Absolutheitsansprüche" einzelner zu schieben?

Aus den Austrittsbegründungen:

"Ich kann nicht Mitglied einer Partei sein, die einen Verteidigungsminister erträgt, der sich über zu großen Pazifismus in der ERD beklagt."

"Der Nachrüstungsbeschluß, das kritiklose Folgen der amerikanischen Politik der Stärke, Waffenlieferungen nach Südamerika und die jüngsten Äußerungen Apels lassen doch erhebliche Zweifel aufkommen."

"Ich kann nicht mit gutem Gewissen Mitglied einer Partei sein, die Pfründehuberei und Machtinteressen für wichtiger hält als die Belange der Bürger. Warum sind zwei Bonner Staatssekretäre in den Vorständen von HEW und Siemens?"

"Ich habe Angst vor der SPD bekommen, was ich nie für möglich gehalten hätte."

"Besonders die Beschlußlage zur Energiepolitik des Hamburger Senats halte ich für unverantwortlich. Ich habe keine Lust, für diesen Eiertanz auch noch Beiträge zu zahlen."

"Es ist nur schwer zumutbar, daß in der Frage der Atomkraftanwendung so der Wille der Parteimitglieder mißachtet wird. Hier in Hamburg haben wir unsere Meinung dokumentiert. In der Bundesrepublik wird sie mißachtet."

"Dieses Brokdorf, Berlin, die miesen Steuererhöhungen, Krankenhausmiserie, keine Innere Sicherheit, ein Kanzler, der in die CSU gehört - all dieses kann ich nicht länger mit einer Mitgliedschaft vereinbaren."

Demonstrationsverbot verurteilt

"Wir verurteilen jeden Versuch, gleichgültig von welcher Person oder welchem Gremium auch immer, das durch das Grundgesetz garantierte Versammlungsrecht aufzuweichen."

Insbesondere wenden wir uns gegen das juristisch sehr bedenkliche Vorgehen der Behörden und Gerichte gegen den Antrag des BBU und anderer Gruppen, darunter der Jungsozialisten in der SPD, am 28. 2. 1981 in Brokdorf eine öffentliche Kundgebung abhalten zu dürfen...

...Derartige Untergrabungen unserer verfassungsmäßigen Ordnung dürfen wir Sozialdemokraten auf keinen Fall hinnehmen; wir werden uns jetzt und in Zukunft gegen die Aushöhlung der bundesdeutschen Demokratie mit allen friedlichen Mitteln zur Wehr setzen."

(Auszüge aus einer Resolution der Juso-AG Wermelskirchen vom 6. 3. 1981)

Protest gegen Nürnberger Verhaftungen

Angekettet an die Säulen des Landgerichtes in Düsseldorf demonstrierte eine Gruppe Angestellter und Studenten gegen die Massenverhaftung der 141 Jugendlichen in Nürnberg. Mit klirrenden Ketten an den Händen verteilten die sechs parteipolitisch ungebundenen Protestler Flugblätter an Passanten und Gerichtsbesucher. Sie wiesen auf das willkürliche Vorgehen der Nürnberger Polizei hin, die mit massenhaft vervelfälgigten Haftbefehlen sämtliche Anwesenden des Jugendzentrums KOMM hinter Gitter brachte.

Die scheinbar für Juristen so knifflige Frage "Was ist Landfriedensbruch?" beantwortete ein grosses Plakat am Gerichtseingang: "Wenn 141 Demonstranten 8 Schaufensterscheiben einwerfen, dann zerschlägt ein Demonstrant 0,056 Schaufensterscheiben. Das ist dann Landfriedensbruch." Ein anderes Plakat fragte u. a. danach, warum wohl NS-Massenmörder (siehe Düsseldorf Majdanek-Prozeß) bis zu ihrer endgültigen Verurteilung auf freiem Fuß sind, während Hausbesetzer (bzw. "Wohnraumhalter") und deren Sympathisanten kurzerhand eingesperrt werden. Selbst einige Juristen äußerten - natürlich hinter vorgehaltener Hand - vor dem Gerichtsportal Ihre Empörung über die Willkür ihrer bayrischen Kollegen.

Petra Grund, Remscheid

Soll Aachener Personalratsvorsitzender aus der SPD fliegen?

KEIN PARTEIORDNUNGSVERFAHREN GEGEN MANFRED ENGELHARDT!

Rache des Parteivorsitzenden für Beweis des Amtsmissbrauchs?

Der Unterbezirksvorstand der SPD Aachen-Stadt hat beschlossen, ein Parteiordnungsverfahren (POV) gegen den Genossen Manfred Engelhardt einzuleiten. Manfred Engelhardt ist seit 1972 Mitglied der Partei, aktiver Gewerkschafter (ÖTV), Personalratsvorsitzender beim Studentenwerk der Technischen Hochschule, Vorsitzender der ÖTV-Arbeitsgemeinschaft der Personalräte bei den Studentenwerken in NRW und Mitglied im Rat der Stadt Aachen.

Vordergründig werden dem Genossen Engelhardt eine Reihe kritischer Äußerungen zum Zustand der örtlichen Partei zur Last gelegt. In Wirklichkeit jedoch will man hier einen unbequemen linken Kritiker mundtot machen, der nicht der Partei geschadet hat, sondern allerhöchstens die Karriere einzelner abgehobener Spitzengenossen gefährden könnte.

Hauptgeschäftlicher Betreiber des Verfahrens ist der SPD-Unterbezirksvorsitzende und Europa-Parlamentarier Dieter Schinzel. Er war 1972 bis 1976 MdB und nach seiner erfolglosen Wieder-Kandidatur ab 1976 vom Verwaltungsrat als Geschäftsführer des Studentenwerks eingestellt worden. Dem Verwaltungsrat gehört als Arbeitnehmervertreter auch Manfred Engelhardt an. In der dortigen Dienststelle sind 99% der Beschäftigten in der ÖTV organisiert, und Manfred Engelhardt ist unangefochtener Interessenvertreter der - hauptsächlich in Großküchen, Reinigung, Wohnheimen und technischen Anlagen beschäftigten - Kolleginnen und Kollegen.

Unter Dieter Schinzels Geschäftsführung war es 1977-79 zu Organisationsmängeln, Bilanzfehlern und unzuverlässiger Verwendung der Liquiditätsmittel gekommen. So hatte Schinzel beispielsweise einen dienstlichen Werkstattwagen für eine private Urlaubsreise genutzt und sich für sein Dienstzimmer statt der zulässigen 2.600 DM für ungefähr 8.700 DM Einrichtungsgegenstände anschaffen lassen.

Manfred Engelhardt war nicht bereit, diese Tatsachen unter den Tisch

zu kehren. In einem amtsverschwiegenen Schreiben an den zuständigen Landesminister wies er auf all diese Mißstände in der Geschäftsführung hin. Schinzel griff dies auf, brachte das Schreiben an die (Partei-)Öffentlichkeit und konstruierte daraus parteischädigendes Verhalten unter dem Motto "Wer meine dienstlichen Vorgehensweisen kritisiert, der greift die Partei an."

Nachdem Schinzel 1979 ins Europaparlament gewählt worden war, versuchte der neue kommissarische Geschäftsführer, den Personalrat und einzelne seiner Mitglieder fertigmachen. All diese Versuche scheiterten jedoch am Rückhalt, den Personalrat und ÖTV-Vertrauenskörper unter der Belegschaft genießen. Die Kollegen haben bis auf wenige Vergleiche alle Prozesse gegen den Arbeitgeber (vor Verwaltungsgericht, Einigungsstelle und Arbeitsgericht) gewonnen, nicht eine Kündigung ist zustandekommen. Alle offiziellen Prüfungsberichte (Prüfer der Hochschule, des Ministeriums, des Landesrechnungshofes, Ministerialbeamte, Rechnungsprüfungsausschuß und Wirtschaftsausschuß im Landtag) haben den Personalrat bestätigt.

Anfang 1980 konnte es Schinzel durch massiven Druck gelingen, dem als Landtagskandidaten der Aachener SPD aufgestellten Manfred Engelhardt durch eine Sonderkonferenz seine Nominierung entziehen zu lassen. Und nachdem es der Gruppe um Schinzel inzwischen gelungen ist, die Aachener Jusos mit samt ihrem früher sehr rührigen Betriebsarbeitskreis zu zerschlagen, will sich der Unterbezirksvorsitzende jetzt Manfred Engelhardt persönlich "vorknöpfen!"

Bereits sechs führende Jusos (teilweise UB-Vorstandsmitglieder) fielen dem Kahlschlag zum Opfer und wurden ausgeschlossen (einige Verfahren sind allerdings noch nicht endgültig abgeschlossen); mehr als ein Dutzend sehr aktiver Leute haben angesichts der Verhältnisse resigniert und von sich aus den Austritt erklärt.

Wer hat sich da wirklich "parteischädigend" verhalten, wenn Engelhardt in seinem (sehr "schwarzen") Wahlbezirk in Aachen-Brand das SPD-Ergebnis bei der letzten Kommunalwahl um immerhin fast 1% steigern konnte, während in Schinzels Wahlbezirk das Ergebnis für die Partei erheblich und überdurchschnittlich zurückging. Im Schnitt hatte die SPD in Aachen ein halbes Prozent verloren. In Brand haben sich bereits zahlreiche Wähler zusammengeschlossen, um Sympathie für Ratsmitglied Manfred Engelhardt zu bekunden.

Schinzel und seine Anhänger (zu denen auch die führenden Mitglieder im Parteivorstand der Bundes-SPD gehören) haben bisher alles getan, um den Fall bundesweit nicht bekannt werden zu lassen und ihn bestenfalls zu einem persönlichen Konflikt Schinzel-Engelhardt herunterzuspielen. Dabei handelt es sich um ein Lehrstück innerparteilicher Demokratie. In vielen anderen Orten gibt es ähnliche PO-Verfahren, die stillschweigend über die Bühne gehen. Ähnlich wie vor kurzem mit MdB Karl-Heinz Hansen soll jetzt in Aachen mit Manfred Engelhardt ein Exempel statuiert werden. Das eingeleitete PO-Verfahren muß sofort eingestellt werden!

Wir fordern alle VORAN-Leser auf:
* Fordert unsere Dokumentation zu den Hintergründen des PO-Verfahrens an!
* Sammelt Solidaritätsunterschriften unter möglichst vielen SPD-Mitgliedern!
* Ladet Aachener Genossen in Eure Juso-Gliederung ein, um aus erster Hand näheres zu erfahren!
* Informiert uns über ähnliche Vorgänge in anderen Bezirken und Unterbezirken!

Richtet Anfragen, Solidaritätserklärungen u. ä. an:

Hans Philipzig
Goethestraße 8
5100 Aachen

Ohne Kampf kein Erfolg!

Fortsetzung von S. 1

Gesamtmittel wollte eine Lohn- und Gehaltserhöhung nach dem Schlüssel der sogenannten produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Danach sollten die Arbeitnehmer mit einer "Beteiligung" am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs abgespeist werden. Da stellt man sich jedoch die Frage, ob hierdurch wirklich Arbeitsplätze gesichert werden können (Arbeitgeberargument). Oder würde dadurch die Krise noch verschärft?

Arbeitsproduktivität ist die Produktion pro Mann und Arbeitsstunde. Steigt also die Produktivität (zum Beispiel durch neue Techniken oder Rationalisierung) um 2,5%, dann erzeugen die Arbeiter bei gleicher Arbeitszeit 2,5% mehr Güter. Eine so bemessene Lohnerhöhung von 2,5% wäre höchstens bei gleichbleibenden Preisen zu verantworten. Tatsächlich aber erwarten alle Prognosen für 1981 eine Teuerungsrate

von 5%. Um diese fünf Prozent ist die Kaufkraft zurückgegangen.

Während der 5. Verhandlung (9. März) rücken die Unternehmer zum ersten Mal von ihrer "Höchstgrenze" von 3% ab und boten 3,8% für eine Laufzeit von 13 Monaten (=effektiv ca. 3,5%). Ein Kompromiß war jedoch nicht zu erreichen.

Zehntausende Metaller beteiligen sich an weiteren Warnstreiks und Demonstrationen.

Am 17. März wurden auch bei uns im nordhessischen Kreis Waldeck-Frankenberg in mehreren Betrieben Warnstreiks organisiert. Die Arbeiter von Felten und Guillaume (F&G) Arolsen zeigten ihre Kampfbereitschaft mit einer Demonstration durch den Kurort. Der Betrieb F&G (Hauptsitz Köln) in Arolsen, in dem Wickeldrähte für die Elektroindustrie hergestellt werden, beschäftigt zur Zeit 360 Mitarbeiter, teilweise in Wechselschicht. Für etwa eine Stunde ruhte weitgehend die Arbeit.

Mit der Kundgebung sollte die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Arbeiter in der Metallindustrie die tariflichen Forderungen ihrer Gewerkschaft aktiv unterstützen. In Sprechchören und auf Transparenten forderten sie ausreichende finanzielle Lohn- und Gehaltsverbesserungen unter dem Motto "Drei Prozent das ist ein Lohn - wir wollen acht Prozent mehr Lohn!". Die Arbeiter und Angestellten stellten sich jedoch auf einen längeren und harten Kampf ein, um die diesjährigen Forderungen durchzusetzen. Organisationssekretär Alfred Hoffmann rief auf zur Solidarität mit den arbeitslosen Kollegen. Sie seien keine Faulenzer, sondern nur die ersten Opfer einer gewissenlosen Unternehmerpolitik. Hauptziel der Tarifrunde sei es, die Realeinkommen aufrechtzuerhalten, wenn nötig, mit allen Mitteln.

Solidarität mit den Metallern

Auch bei dieser Kundgebung bezogen die Arolser Jungsozialisten ihre Solidarität mit der Arbeitnehmerschaft. In einem Flugblatt stellten sie sich voll hinter den Kampf der Metaller. Es ist uns jedoch klar, daß ein Kampf allein um Lohnausgleich nicht ausreicht. Jede Lohnerhöhung wird durch die kapitalistische Inflation wieder aufgeessen. Es ist, als ob wir auf einer mit großer Geschwindigkeit sich abwärts bewegenden Rolltreppe aufwärts rennen: Wir müssen unser letztes geben, um auf der Stelle zu bleiben! Deshalb ist unser Ziel eine klassenlose, sozialistische Gesellschaft. Voraussetzung für die Verwirklichung der menschlichen Persönlichkeit bei uns allen ist die ökonomische und soziale Gleichheit. Wir verlangen eine Produktion entsprechend den Bedürfnissen, die eine Produktion um des Profit willens abläßt.

Der Weg zum Sozialismus erfordert in erster Linie die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die Arbeitnehmervertretungen (Betriebsrat, Vertrauenskörper) brauchen mehr Rechte und Befugnisse; wir kämpfen für die Übernahme der Produktionsmittelkontrolle durch die Arbeiter.

Dieses ist nur zu verwirklichen in einem System demokratischer und sozialistischer Planwirtschaft. Nur hier liegt die Gewährleistung für einen gezielten und sinnvollen Einsatz der Rohstoffe und Energieträger, eine Überwachung des Arbeitsprozesses (Arbeitslosigkeit!) in unserem Sinne und eine gerechte Verteilung der Konsumgüter.

VORAN braucht Eure Spenden!

Nach den enormen Endspurt Ende des letzten Jahres scheinen sich unsere Leser und Anhänger im ersten Quartal '81 finanziell etwas zurückzuhalten. Lediglich der Monat Februar brachte mit Spendeneingängen von 971,76 DM ein ganz passables Ergebnis. Wir brauchen aber monatlich 1.250,- DM, wenn wir unser Ziel von 15.000,- DM für 1981 erreichen wollen. Insgesamt gingen in den letzten Wochen 1.355,05 DM ein - das sollte im April mehr werden.

Von verschiedenen Lesern wurde ganz eifrig gesammelt:
* aus Stuttgart erreichten uns Spenden von VORAN-Lesern in Höhe von 255,- DM
* aus Arolsen in Nordhessen trafen 35,84 DM ein
* in Remscheid wurden bei einem VORAN-Tagesseminar 108,74 DM gesammelt
Die Kommunalwahlen in Hessen haben gezeigt, daß die derzeitige Politik der SPD in Bund und Ländern nur zu Niederlagen führen kann, wenn kein Kurswechsel erfolgt.

Für einen solchen Kurswechsel setzt sich VORAN kompromißlos ein. Wir fürchten auch nicht, parteiintern und öffentlich unsere Kritik an der Politik der SPD-Spitze vorzubringen und uns für eine alternative sozialistische Politik einzusetzen. Leider kann man das von vielen Parteilinken nicht sagen.

VORAN verdient daher die Unterstützung jedes konsequenten Sozialisten in der SPD, gerade auch die finanzielle. Helft deshalb mit, einen offensiven und kämpferischen linken Flügel in der Partei aufzubauen. Jeder Pfennig für VORAN trägt dazu bei. Spendenkonto: Angela Bankerl, 2422-50-432, Pöschel Essen.

Marktwirtschaft ist Murkwirtschaft:

FÜR EINEN SOZIALISTISCH GEPLANTEN WOHNUNGSBAU

Arbeitskreis Remscheider Jusos gegen Wohnungsnot

Bereits im Bundestagswahlkampf haben sich die Remscheider Jungsozialisten mit dem Thema "Wohnungsknappheit" befaßt und dazu ein Flugblatt herausgegeben. Die Wohnungsnot wird (neben der Jugendarbeitslosigkeit) in den 80er Jahren eines der explosivsten Probleme werden.

Schon jetzt gibt es zu wenig Wohnungen. So fehlen in Remscheid mindestens 1000 Wohnungen. Ausländische und kinderreiche Familien sowie Jugendliche und junge Paare haben es besonders schwer. Sie sind auf günstigen Wohnraum angewiesen. Extrem hohe Preise für leerstehende Luxuswohnungen können sie nicht blechen. Sonst müßten sie ja allein für die Miete ihr gesamtes Einkommen (bzw. den größten Teil davon) ausgeben!

Andererseits gibt's für Sozialwohnungen jahrelange Wartelisten. Um diese Situation zu verbessern, haben wir einige Forderungen aufgestellt:

- * Genügend Wohnraum für alle (dh. mindestens 25 qm pro Person zusätzlich genügend Nutzfläche für Küche, Bad und WC)!
- * Billige Warmmieten (dh. höchstens 20% des Bruttoeinkommens)!
- * Einführung gesetzlicher Grundlagen, welche die Überführung aller aus Spekulationsgründen länger als 3 Monate leerstehender Wohnungen in Gemeineigentum und deren Vermietung an Wohnungssuchende ermöglichen!
- * Keine unnötigen Zweit-, Dritt-, und Viertwohnungen für die Reichen!

Da der Wohnungsbauprodukt nicht mehr genug Profit abwirft, ziehen sich die

Geldgeber (wie Versicherungen und Banken) aus dem Baugeschäft zurück. Deshalb fordern die Remscheider Jusos:

- * Bauindustrie, Banken, Grund und Boden müssen in Gemeineigentum überführt werden und durch Staat und Arbeiterbewegung demokratisch kontrolliert werden!
- * Die demokratische Kontrolle soll folgendermaßen aussehen: sie soll durch Aufsichtsräte ausgeübt werden, deren gewählte Mitglieder zu je einem Drittel aus Vertretern der im jeweiligen Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer, des DGB und der Regierung bestehen!
- * Enteignung aller Spekulanten und Großgrundbesitzer!

Angesichts der bestehenden (und weiter wachsenden) Wohnungsnot ist die Bauindustrie das beste Beispiel dafür, wie die "soziale" Marktwirtschaft "funktioniert":

- zwischen 1973 und 1978 gingen ca. 350.000 Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe den Bach runter
- die Zahl der fertiggestellten Wohneinheiten sank im gleichen Zeitraum von 720.000 auf 360.000 (davon waren nur 130.000 Sozialwohnungen)
- Tausende von Baufirmen gingen im gleichen Zeitraum bankrott. Baumaschinen und -werkzeuge im Wert von mehreren hundert Millionen DM sind verrostet, verrotten und wertlos geworden; in Steinbrüchen, Lagerhallen usw. stauen sich die Baumaterialien und liegen ungenutzt auf Halde
- andererseits fehlen bundesweit mindestens 1 Million Wohnungen; 3,8 Millionen Wohnungen sind dringend renovierungsbedürftig

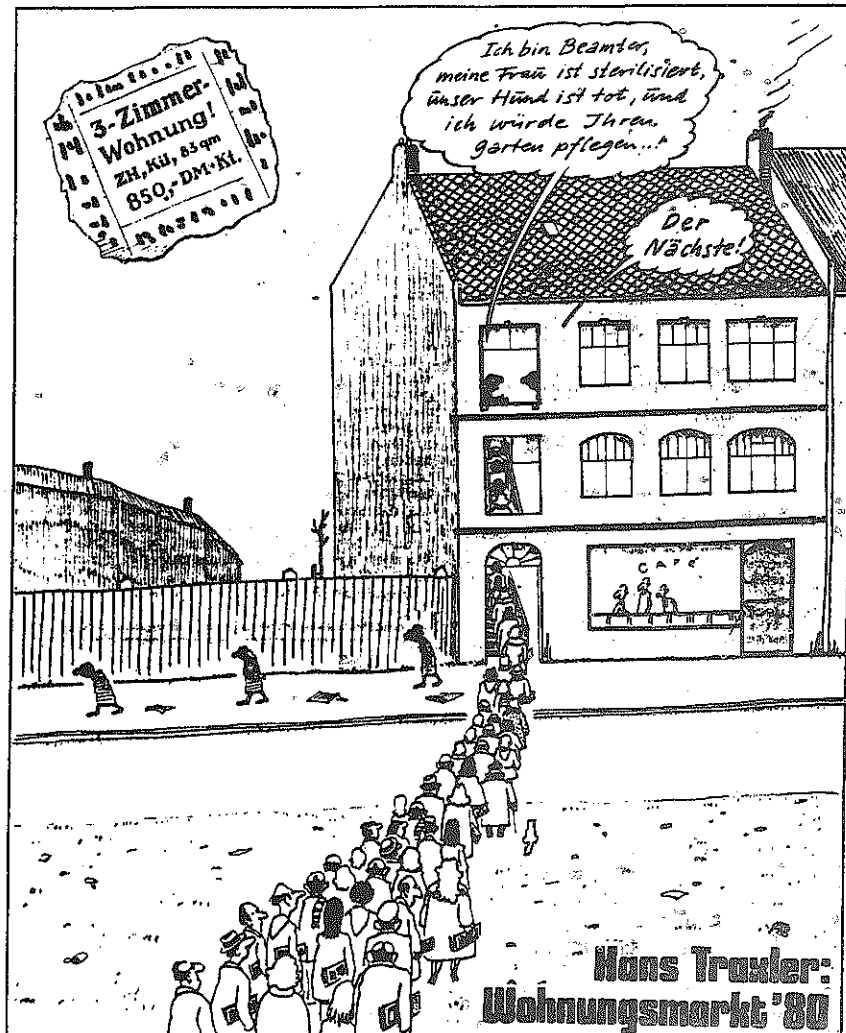
Obwohl also Baumaterialien und -maschinen sowie arbeitssuchende Arbeitskräfte in ausreichendem Umfang vorhanden sind, werden dringend benötigte Wohnungen nicht gebaut. Hier versagt wieder einmal die "Marktwirtschaft". Deshalb fordern wir:

- * Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan für die Bauindustrie!
- * Ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm zur Fertigstellung von 1 Million Wohnungen jährlich!

Um diese Forderungen zu erklären und an Beispielen zu belegen, haben wir Jusos in Remscheid einen "Arbeitskreis Wohnungsprobleme" gegründet. Die bis jetzt gewonnenen Erfahrungen haben gezeigt, wie berechtigt unsere Forderungen sind, die wir bereits im Wahlkampf formulierten.

Jetzt arbeiten wir an einer Dokumentation und an einem Videofilm. In der Dokumentation soll die Quantität (Wohnungsbestand, -bedarf und daraus folgender -mangel) und die Qualität der Wohnungen in Remscheid dargestellt werden. Mißstände wie brachliegendes Bauland als Spekulationsobjekt, leerstehende Häuser und Luxuswohnungen wollen wir ebenfalls an das Licht der Öffentlichkeit bringen.

Parallel zu der Dokumentation soll ein Videofilm erstellt werden. In dem Film soll die Wohnungssituation und die Lage der Wohnungssuchenden verdeutlicht werden. Nach Fertigstellung von Dokumentation und Film werden verschiedene Aktionen gestartet. Geplant sind Pressekonferenzen, Info-Stände, eine Podiumsdiskussion mit (gegen) Verantwortliche(n), Kundgebungen, Unterschriftensammlungen, Flugblätter, Filmvorführung, Übergabe der Dokumenta-



Hans Traxler: Wohnungsmarkt '80

tion an verschiedene öffentliche Stellen sowie einige kleine Überraschungen. Wir haben uns auch sehr geärgert, als wir kürzlich in der Zeitung lesen mußten, daß der Wohnungsbauminister Haack (SPD) sich vor kurzem für Mieterhöhungen aussprach. Um ihm mal den Marsch zu blasen, haben wir ihm einen Brief geschrieben.

Gleichzeitig mit den Jusos haben auch andere Gruppen die Wohnungsproblematik erkannt. So haben einige Remscheider Jugendliche ein leerstehendes Haus besetzt, das den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) gehört. Der dortige Wohnraum ist erstklassig erhalten (Teppichböden, Thermopenglas-Scheiben usw.). Trotzdem hatte das RWE geplant, an dieser Stelle die Verwaltung zu erweitern!

Die Juso-Gruppe in dem entsprechenden Ortsteil hat sich ebenso wie der Arbeitskreis mit den Besetzern solidarisiert.

Die Hausbesetzung ist ein sehr gutes Mittel, um auf die Wohnungsmisere aufmerksam zu machen, um die Spekulanten und "Häuser-Leerstehen-und-Verkommen-Lasser" zu entlarven, und sogar um einer kleinen mutigen Minderheit Wohnraum zu besorgen. Die Hausbesetzung allein ist aber kein Mittel, um das Gesamtproblem im Wohnungsbaubereich in den Griff zu kriegen. Das wird erst möglich, wenn wir die oben genannten Forderungen verwirklichen.

Tim Kuhlmann, SPD-Mitglied, Mitglied im AK Wohnungsprobleme der Remscheider Jungsozialisten

SPD-Unterbezirksparteitag sagt Nein zu Plänen der Atommafia:

Keine Atomfabrik in Volkmarsen!

Widerstand gegen Wiederaufbereitungsanlage wächst überall



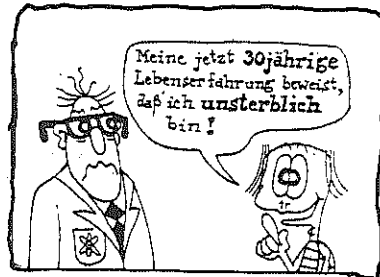
Nachdem nun der Niedersächsische Ministerpräsident Albrecht einsehen mußte, daß ein Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) in Gorleben politisch nicht durchsetzbar ist, erklärte kurz danach der hessische Ministerpräsident Börner daß eine WAA in Hessen gebaut werden sollte. Gleichzeitig mit Albrechts Ablehnung starb auch das Konzept der "integrierten Versorgung", dh. Wiederaufbereitung und Endlagerung an einer Stelle. Anstelle der für Gorleben vorgesehenen WAA, deren Jahreskapazität von 1.400 t mit vier Anlagen à 350 t erzielt werden sollte, plant man nun nur eine solche 350-t-Anlage und Verkauf dieses der Bevölkerung als "Verkleinerung". Steht aber erst mal eine Anlage, so kann diese mühelos erweitert werden, ohne daß neue Prüfungsverfahren in Gang gesetzt werden müssen.

Nachdem nun Börner erklärte, daß die WAA nach Hessen sollte, wurde im Herbst '80 auch bekannt wohin: Diese sollte nun im dünn besiedelten Nordhessischen Raum - wahrscheinlich in Volkmarsen (Kreis Waldeck-Frankenberg) - errichtet werden. Daß die WAA ausgerechnet hier entstehen soll, hat seine guten Gründe. Die Struktur von z.B. Waldeck-Frankenberg ist vor allem durch Landwirtschaft und Fremdenverkehr gekennzeichnet. Es gibt hier nur sehr wenig Industrie. Das mit 4 Mrd. DM veranschlagte WAA-Projekt soll nach Angaben des zukünftigen Betreibers angeblich 1.600 Arbeitsplätze schaffen. Dies bedeutet, daß der Wider-

stand hier viel schwieriger zu organisieren ist.

BI-Gründungen und Juso-Arbeit

Nachdem Volkmarsen im Gespräch ist, wachsen in Waldeck-Frankenberg überall Bürgerinitiativen (BI's) wie Pilze aus dem Boden. In diesen BI's arbeiten Menschen aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung mit. Die Jungsozialisten Waldeck-Frankenberg sehen eine ihrer Hauptaufgaben darin,



einerseits die BI's personell zu stärken, und andererseits diesen über die politischen Anfangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen, die unvermeidlich sind.

So entstand auf Initiative der Jusos ein Ausschuß, der die Arbeit der verschiedenen BI's und Parteien, die gegen eine WAA sind, koordinieren soll. Nachdem die ersten Schwierigkeiten überwunden sind, bekommen diese Gruppen einen immer größeren Einfluß und stabilisieren sich qualitativ. Mittlerweile haben sich z. B. die Stadtverordnetenversammlungen der umliegenden Städte Breuna und Warburg gegen eine WAA gewandt. Eine andere Aufgabe sehen die Jusos darin, innerhalb der SPD für die Verhinderung der WAA zu arbeiten. Hier wurde unter anderem eine Broschüre erstellt, die sich mit der gesamten Atom-Politik beschäftigt.

SPD-Parteitag

Nach langem Hin und Her wurde ein außerordentlicher Unterbezirks-Parteitag der SPD veranstaltet, der sich mit der Frage der Wiederaufbereitung beschäftigte. Im Vorfeld des Parteitages gab es einigen Hick-Hack, ob er vor den hessischen Kommunalwahlen (am 22. März) veranstaltet werden sollte oder nicht.

Dieser Parteitag erarbeitete nach einer Pro-und-Kontra-Diskussion, die von Experten bestritten wurde, die Stellungnahme der Partei. Der getroffene Beschluß enthält zwar einige Mängel (so soll z. B. der Standort nochmals "geprüft" werden), doch konnten in einer Kampfabstimmung einige Verbesserungen durchgesetzt werden. So wurden mit 65 zu 63 Stimmen aus dem Satz "Wir sind zur Zeit nicht in der Lage, der Errichtung einer WAA zuzustimmen" die Worte "zur Zeit" gestrichen.



Kommunalwahlkampf

Es ist jedoch fraglich, inwieweit die Partei (und insbesondere der UB-Vorstand) bereit ist, diesen Beschluß aktiv durchzuführen. In mehreren Zeitungsanzeigen zum Kommunalwahlkampf wurden Positionen vertreten, die mit diesem Beschluß nicht zu vereinbaren sind. Am Beispiel der Zeitungsanzeigen sehen wir, wie versucht wird, Beschlüsse der Partei zu untergraben, die ja

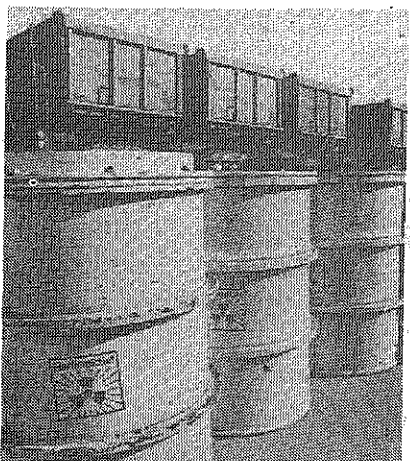
JUNGSOZIALISTEN GEGEN WAA:

- weil die Jungsozialisten sind gegen eine Wiederaufbereitungsanlage
- weil die WAA alles andere als eine normale chemische Fabrik ist und die Entsorgung des Atomabfalls durch eine WAA nicht gelöst werden kann
- weil schon durch die im Normalbetrieb abgegebene Radioaktivität schwere Schädigungen von Mensch und Natur zu erwarten sind
- weil ein nicht auszuschließender Unfall in der WAA schreckliche Konsequenzen hat
- weil durch den Bau der WAA nur kurzfristige Arbeitsplätze geschaffen werden
- weil die Arbeitsplätze, die in der WAA entstehen, größtenteils solche für Spezialisten sind und ein hohes Risiko an gesundheitlicher Gefährdung in sich bergen

- weil durch den Bau der WAA die Strukturschwäche Nordhessens nicht überwunden wird
 - weil beim Betrieb der WAA die landwirtschaftliche Nutzung der Umgegend unverantwortlich ist
 - weil es mit dem "Ferienland Waldeck" aus und vorbei wäre
 - weil eine WAA nur dann profitabel arbeiten kann, wenn auch noch schnelle Brüter eingesetzt werden und so durch eine WAA weitere Sachzwänge geschaffen werden, die den Weg in den Plutoniumstaat vorantreiben.
- Da auch eine Demonstrationsanlage die oben genannten Konsequenzen hätte, sprechen sich die Jungsozialisten auch gegen eine solche aus." (aus einem Flugblatt der Jungsozialisten Waldeck-Frankenberg)

für Funktions- und Mandatsträger bindend sein sollten. Andernfalls wird die SPD bei den kommenden Wahlen (zunächst bei den Kommunalwahlen) einen Denkzettel nach dem andern verpaßt bekommen. Deshalb müssen wir für noch größere Mehrheiten innerhalb der Partei gegen das Bonner Atomprogramm sorgen. Diese Frage muß in Zusammenhang gebracht werden mit einer sozialistischen Energiepolitik auf der Grundlage der Planung der Energieerzeugung, die alleine einen schnellstmöglichen Umstieg auf alternative Energieträger gewährleisten kann. Außerdem: eine Demokratisierung der Partei ist dringend notwendig (z. B. durch die Einführung jederzeitiger Abwählbarkeit von Funktionären), um zu gewährleisten, daß gefaßte Beschlüsse auch so ausgeführt werden, wie die Basis es erwartet.

von Ingolf Becker



Die im Text erwähnte Broschüre mit dem Titel "Keine Wiederaufbereitungsanlage in Waldeck-Frankenberg!" kann gegen 1,- DM in Briefmarken bezogen werden über die
Jungsozialisten in der SPD
- UB Waldeck-Frankenberg -
Kirchstr. 10
3540 Korbach
Sie umfaßt 66 Seiten und stellt die Probleme der Kernenergie in ihrem technischen und politischen Zusammenhang dar.

Es ist kein Zufall, daß die Krisensymptome die SPD gerade zum jetzigen Zeitpunkt so gehäuft befallen. Die "Turbulenzen", in denen sich die Partei befindet, sind Folge eines wirtschaftlichen Umschwungs. Weltweit greift die kapitalistische Krise die Staatsfinanzen an. Die Reallöhne sind am Sinken, die Industrieproduktion ist rückläufig, mit der wirtschaftlichen Stabilität ist es aus.

Unter diesen Umständen kann keine sozialdemokratische Reformpolitik mehr funktionieren, solange sie innerhalb der Schranken des kapitalistischen Systems bleibt. Der Erfolg sozialdemokratischer Reformpolitik fußt auf dem wirtschaftlichen Aufschwung; dann ist es kein Kunststück, den Arbeitern und Angestellten einen wachsenden Lebensstandard und soziale Verbesserungen zu garantieren. Was aber, wenn der Kuchen, den es zu verteilen gilt plötzlich schrumpft, statt wächst? Dann bleibt nur, den Arbeitern die Errungenschaften der Vergangenheit wieder wegzunehmen. Genau dies versuchen die Unternehmer gegenwärtig. Und die SPD-geführte Regierung scheint ihre Geschäfte willig auszuführen. Schon die Regierungserklärung kündigte an, daß vor allem die Stammwähler der SPD, die Lohnabhängigen, zur Kasse gebeten würden (siehe Kasten).

In der Partei gärt es

DIE KRISE DER SPD

Beginn der Polarisierung

aus der Partei zu fordern. Doch angesichts des Drucks von unten schreckte der Parteivorstand davor zurück, entsprechende Schritte einzuleiten. Hansens Ausschluss hätte unter diesen Bedingungen nicht das Ende der innerparteilichen Probleme bedeutet, sondern sogar eine weitere Verschärfung. Er hätte zu einem erheblichen Proteststurm geführt. So beließ man es bei einer Rüge.

Schmidts einstiger Hochburg eine klare Opposition gegen ihre Politik entstehen zu lassen.

Filzokratie

Im Mai stehen Neuwahlen in Berlin an. Auch dort hat die SPD mit schweren Verlusten zu rechnen. Bis ins Mark erschüttert ist die Partei durch die "Garski-Affäre", die die Stadtkasse 115 Millionen DM kostete, weil der Senat einem bankrotten Bauunternehmer aufgrund "guter Beziehungen" eine Landesbürgerschaft nach der andren in den Rachen stopfte.

"Jetzt weiß ich endlich, was 'Genossenfilz' ist...", sagte ein SPD-Mitglied im Fernsehen, nachdem das Ausmaß des Skandals ans Licht des Tages gekommen war. Die örtliche SPD-Spitze schien dies alles nicht zu kümmern. Einzelne Genossen gar erweckten den Eindruck, nichts anderes im Sinn zu haben, als kaltblütig und zynisch ihre weiteren Karrieren zu sichern, oder sich schnellstmöglich einen neuen gutdotierten Posten zu suchen.

So trat das SPD-Mitglied Riebschläger zwar im Zuge der Garski-Affäre von seinem (gutbezahlten) Amt als Finanzsenator zurück. Einen Tag später jedoch ließ er sich von der SPD-Fraktion (einstimmig!) zu deren (gutbezahltem) Vorsitzenden wählen. Als wegen dieser unverfrorenen Pöstchenjagd in der Öffentlichkeit Kritik erhoben wurde, trat Riebschläger schnell vom Fraktionsvorsitz zurück - und wechselte noch am gleichen Tag in einen (weichen) Sessel auf der Chefetage einer Großbank.

Ist dieser Einzelfall lediglich die Spitze eines Eisberges? Vertritt die Partei überhaupt noch Arbeiterinteressen? Oder ist sie nicht längst zu einem Kanzlerwahlverein verkommen, der einzelnen Leuten Karrieren verschafft? Diese Fragen kriegt man als SPD-Mitglied fast täglich in den Betrieben, Büros, Kneipen und auf der Straße gestellt.

Neue Jugendbewegung

Vor allem große Teile der kritischen und aktiven Jugend wenden sich angesichts solcher Vorgänge wie in Berlin angewidert von der SPD ab. "Grüne" und "Alternative" erhalten Zulauf.

Auch der rapide Aufschwung der "neuen Jugendbewegung" ist nur auf diese Weise zu erklären. Die SPD-Spitze stößt mit ihrer Politik weite Teile der aktiven Jugend ab. Diese sucht sich ein neues Betätigungsfeld, neue Perspektiven.

Die Welle der Hausbesetzer, die Flut von (auch gewalttätigen) Demonstrationen zeigen deutlich: in der Jugend ist ein tiefer Gärungsprozess im Gang. Und die lange angestaute Wut über Mißstände aller Art erhielt in jüngster Zeit laufend neue Nahrung: seien es die "Nürnberger Verhaftungen" oder der Versuch, der kritischen Jugend mit aller Gewalt das Bonner Atomprogramm in den Hals zu stopfen.

Es war schon immer so: wenn die junge Generation unruhig wird, wenn sie in Bewegung kommt, dann ist dies nur ein Vorzeichen für eine allgemeine gesellschaftliche Krise. Bei der Jugend macht sich dies eben zuerst bemerkbar. Sie ist stets kritischer und aufnahmefähiger für neue Ideen als die Generation ihrer Eltern.

Andererseits hat sie noch nicht in gleicher Weise eine so tiefe Loyalität zu der traditionellen Massenpartei der Arbeiterbewegung (der SPD) entwickelt, wie sich dies bei der älteren Generation der Lohnabhängigen ausgeprägt hat. Aus diesem Grunde kann es geschehen, daß die SPD Anfang der 70er Jahre zeitweise noch

mehr als drei Viertel der Jungwähler auf ihrer Seite hatte, wenig später jedoch kaum noch die Hälfte, während mehr als ein Viertel "alternativ" und "grün" wählen.

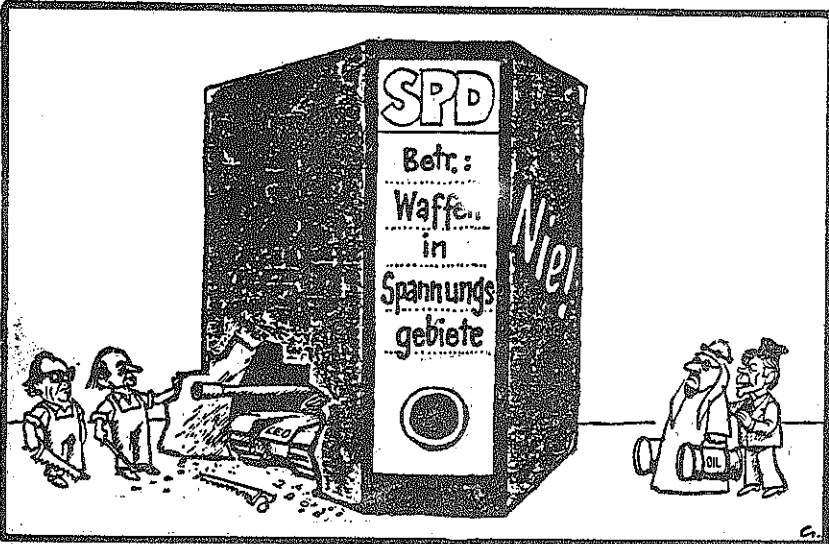
Polarisierung der SPD

Das bedeutet jedoch nicht, daß der SPD ab sofort immer mehr Mitglieder und Wähler davonlaufen, angefangen bei der Jugend, solange bis nichts mehr übrig ist. Der Prozess verläuft widersprüchlich. Es gibt auch weiterhin junge Leute, die zum ersten Mal in ihrem Leben politisch aktiv werden, und ihre Hoffnungen auf die SPD setzen.

Zwar stärken Protestaustritte kurzfristig die Parteirechten und den Apparat. Doch andererseits vermehren die anstehenden (und fast unvermeidlichen) Wahlniederlagen die innerparteiliche Unzufriedenheit und Kritik an der Politik der Regierung, schwächen also die Rechten.

Insgesamt wird so der Nährboden verbessert, auf dem linke Ideen und sozialistische Forderungen Unterstützung und Einfluß gewinnen können. So ist der Widerstand von der Basis gegen die NATO-Nachrüstung ebenso eindeutig am Wachsen wie die Opposition gegen das Atomprogramm.

Wenn sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen zuspitzen, wenn



Im Vertrauen - unsere Spezialisten für ausweglose Situationen sind schon damit beschäftigt, ein Hintertürchen zu öffnen. (Karikatur: Gerbothöfen, Hundschie)

Alles dies führt zu Unruhe unter den Mitgliedern, Anhängern und Wählern der Partei. Auf Ortsversammlungen passiert es immer häufiger, daß sich die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik in lauten Protesten Luft macht. In Einzelfällen kommt es sogar dazu, daß sozialdemokratische Oberbürgermeister auf Unterbezirksparteitagen dem Bundeskanzler Helmut Schmidt "Abweichen von der sozialdemokratischen Parteilinie" vorwerfen...

Kein Zweifel: es gärt an der Basis. Die Erwartungen der einfachen Parteimitglieder richten sich darauf, daß ihre Führung eindeutig Politik für Arbeitnehmerinteressen macht. Die Parteispitze ihrerseits ist längst zum Sachverwalter des Kapitals geworden. Dieser Widerspruch tritt immer mehr zutage - auch im Bewußtsein der Mitgliedschaft.

Der "Fall Hansen"

Anfang Februar hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen einige Aufmerksamkeiten erregt, als er im Zusammenhang mit dem geplanten U-Boot-Geschäft mit der chilenischen "Mörderbande" und der deutschen Aufrüstung von "schlichten politischen Schweinereien" sprach.

Die Aufregung bei der Parteispitze war groß. Zu Recht befürchtete sie, daß die Kritik von der Basis unkontrollierbar werden wird, wenn man ihr erst einmal freien Lauf läßt. So schlug sie zurück. Sie versuchte, gegen Hansen ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten. Hätte Hansen sich alleine auf die "Parlamentarischen Linken" verlassen müssen, in der die 70 (?) "Linken" SPD-Fraktionsmitglieder organisiert sind, dann wäre er schon längst ausgeschlossen. Denn bis auf wenige Ausnahmen trauten sich diese Genossen nicht, ihre Solidarität mit Hansen zu zeigen. Stattdessen schienen sie sich zu verstecken und ließen keinen Mucks verlauten.

Allein die spontane bundesweite Solidarität an der Basis stärkte Hansen den Rücken. Er hatte ihr aus der Seele gesprochen. Sein eigener Unterbezirk (Düsseldorfer) stellte sich fast einstimmig hinter ihn. In allen Bezirken der Partei kursierten Unterschriftenlisten, die sich gegen eine Disziplinierung des Kritikers wandten. Mehrere hundert Gliederungen der Partei und der Jusos faßten Beschlüsse zu seiner Unterstützung. Er selbst erhielt 5.000 Solidaritätsbriefe von SPD-Mitgliedern und -Wählern.

Zwar nutzten verschiedene Scharfmacher aus den Reihen der Kanalarbeiter die Gelegenheit, Hansens Ausschluss

Die "Affäre" Hansen zeigt: die SPD ist dabei, sich zu polarisieren. Dieser Prozess wird sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen und beschleunigen.

Brokdorf

Dies zeigt sich auch deutlich an den neuesten Entwicklungen in der Atomkraftfrage. Im Brennpunkt der Auseinandersetzungen stand in den letzten Monaten das geplante AKW Brokdorf.

Auf dem Hamburger SPD-Landesparteitag fand sich erstmals eine Mehrheit gegen den Weiterbau des Brokdorfer Reaktors. Dies ist bemerkenswert. Immerhin war Hamburg einmal die Hochburg der SPD-Rechten. Schmidt, Apel und Wehner haben dort ihre Wahlkreise. Aber inzwischen hat sich der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose vom einstigen Rechten zum Halblinken gemausert. Sein Wandel in der Atomfrage war mitentscheidend dafür, daß auch der Hamburger Senat (Stadtregierung) beschloß, aus Brokdorf "auszusteigen". Schmidt verzichtete darauf, auf diesem Parteitag persönlich anwesend zu sein, um sich diese Niederlage zu ersparen.

Vor dem Hamburger "Ausstieg" steht allerdings noch ein grundlegendes Hindernis: die "Hamburger Elektrizitätswerke" (HEW), die Brokdorf mitbauen wollen, gehören zwar zu drei Vierteln der Stadt Hamburg, aber in ihrem Aufsichtsrat sitzen mehrheitlich Vertreter privater Konzerne, vor allem von Banken und Versicherungen (zum Teil sogar mit einem SPD-Mitgliedsbuch in der Tasche) und bestimmen die HEW-Geschäftspolitik. Und diese Herren scheinen nicht im Traum daran zu denken, auf den Weiterbau Brokdorfs zu verzichten. "Brokdorf" wird allein deshalb schon auch weiterhin genug Konfliktstoff in der Hamburger und der Bundes-SPD bieten.

Hinzu kommt: Helmut Schmidt hat angedeutet, daß er bereit sei, im äußersten Falle sogar eine "Große Koalition durch die Hintertür" einzugehen, um Brokdorf gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen CDU-Landesregierung zu bauen, falls Hamburg aussteigt. Dieser Plan stellt eine ziemlich zynische Mißachtung des erklärten Willens der norddeutschen SPD dar. Verständlich, daß vor allem die aktiven und jungen Mitglieder darüber ziemlich empört sind. Sie werden den Kuhhandel zwischen Schmidt und Stoltenberg nicht hinnehmen. Der schleswig-holsteinische SPD-Spitzenkandidat Klaus Matthiesen verzichtete aus Protest gegen Schmidts Haltung bereits auf eine erneute Kandidatur und machte damit auch die Stimmung der Basis deutlich. Auf diese Weise wird die Bundesregierung es schaffen, allmählich so



Viele Arbeiter sind jetzt sauer auf die SPD.

Die Rotstiftpolitik in Kürze

1. Bundeshaushalt

* Die Gesamtausgaben sollen 1981 um nominal 4% steigen, d.h. sie werden real leicht sinken: mehr Krisenlasten für Lohnabhängige

* Einzig der Rüstungsetat wird real um mindestens 1,8% steigen: mehr Rüstung

* Wegen des "Tornado-Lochs" werden obendrein mindestens 600 Mio. DM zusätzlich ausgegeben werden: mehr Profit für die Rüstungskonzerne

* Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) lehnt zusätzliche Ausgaben für Ankurbelung der Konjunktur ab: mehr Arbeitslose

2. Steuererhöhungen

* Erhöhung der Mineralölsteuer um fast 8 Pfennig/Liter (incl. Mehrwertsteuer): Tanken wird teurer

* Streichung der Gasölbefreiungen für den öffentlichen Personennahverkehr: Busfahren wird teurer

* Umlegung der KFZ-Steuer auf die Mineralölsteuer (aber so, daß mehr dabei rauskommt!): Autofahren wird teurer

* Erhöhung der Brantweinsteuer: ein Liter Rum wird um fast zwei DM teurer

3. Sozialabgaben

* Erhöhung des Beitrages zur Rentenversicherung um 0,5% weniger

Reallohn

* Beiträge zur Krankenversicherung steigen um mindestens 0,5%: weniger im Geldbeutel

* Offiziell zwar noch nicht angekündigt, aber demnächst fällig (wetten daß?): Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

4. Wohnungsbau

* "Vereinfachung" des Mieterhöhungsverfahrens: Wohnen wird teurer

* "Staffelmieten" erlauben Mieterhöhungen auch über die ortsüblichen Vergleichsmieten hinaus: Wohnen wird teurer

* "Fehlbelegungsabgabe" für Sozialmieter, die die Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbau zwischen übersteigen: weniger im Geldbeutel

* Kürzung des Bundesbeitrages für den sozialen Wohnungsbau um 1,5 Mrd. DM: weniger Neubauten

* Zinserhöhungen für öffentliche Wohnungsdarlehen: weniger Neubauten, höhere Mieten

5. Rentenversicherung

* Wie beschlossen, wurden die Renten zum 1. Januar nur um 4% angehoben: reale Rentenkürzungen

* Die dynamische, bruttolohnbezogene Rente bleibt (entgegen früheren

Versprechungen) abgeschafft: reale Rentenkürzungen

* Einführung des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner in Höhe des Arbeitnehmeranteils. Die von verschiedenen (!) SPD-Parteitag beschlossene "Sozialkomponente" ist gestrichen: reale Rentenkürzungen

* Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung um 3,5 Mrd. DM

6. Sonstige Kürzungen

* Bei der Sparförderung werden die Sparprämien ersatzlos gestrichen, die Bausparprämien von 18% auf 14% gesenkt und die Festlegungsgrenzen verlängert: das "Aus" für die Illusion der "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand"

* Kürzung des Hochschulbaus um 20%: weniger Bildung

* Die Kohle wird nicht mehr subventioniert: mehr Rausschmisse im Bergbau

* Die BAFöG-Leistungen werden 1981 und 1982 eingefroren: weniger Arbeiterkinder können studieren

7. Öffentlicher Dienst

* Umfangreiche Stellenkürzungen in allen Länderhaushalten

* Beförderungsstopp vor allem für "kleine Beamte"

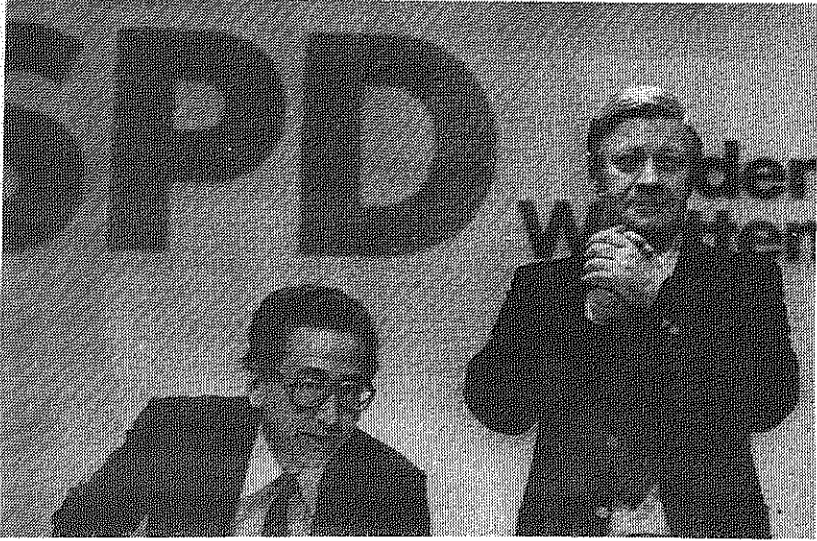
sich ein klarer linker Flügel herausbildet, dann wird die SPD auch wieder für jene Unzufriedenen attraktiv, die jetzt die Partei aus Enttäuschung verlassen.

Unter den Wählern und Mitgliedern der SPD, zumeist Lohnabhängigen, gibt es eine tiefe Loyalität zu ihrer Partei. Sie wenden sich nicht einfach von ihr ab, wenn sie mal "Mist baut". Stattdessen versuchen sie die Dinge "wieder ins Lot" zu bringen.

Einzelne Leute wie Klose, Eppler, Jansen, Matthiesen, Scherf, Hansen und Coppik werden noch des öfteren im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen. Sie sind es nämlich, auf die sich die Hoffnungen unzufriedener Basismitglieder konzentrieren. Sie selbst haben den Zug der Zeit bereits erkannt und stellen sich bereits auf ihre künftige Rolle ein, indem sie den gegenwärtigen Unmut von unten nach oben tragen und dort zum Ausdruck bringen.

Das heißt natürlich nicht, daß die einfachen Mitglieder nun auf direktem Weg und zielstrebig zu einer marxistischen Position übergehen. Die meisten von ihnen werden zuerst linksreformistische Ideen auf die Probe stellen, wie sie von prominenten Leuten wie Klose oder Eppler verkörpert werden. (Mit den Unzulänglichkeiten dieser Politik aus unserer Sicht setzt sich VORAN laufend auseinander). Es wird jedoch möglich sein, in geduldiger und zäher Arbeit marxistische Ideen in der SPD so weit zu verankern, daß ein marxistischer Flügel entsteht, der eine konstruktive Rolle und fruchtbare Rolle bei der künftigen Erneuerung der Partei spielen kann.

Die gegenwärtige Krise der SPD markiert erst den Anfang einer schwierigen Periode. Sie ist nicht "herbeigeredet", wie manche Spitzenossen behaupten. Sie ist auch nicht auf persönliche Streitigkeiten unter dem



Eppler(links) hat die Zeichen der Zeit besser erkannt als Schmidt.

Perspektiven

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise des Kapitalismus wird auch in der SPD ihren Niederschlag finden. Die zunehmenden Klassenkämpfe und die sonstigen sich verschärfenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden sich in der SPD widerspiegeln und die Herausbildung eines linksreformistischen Flügels vorantreiben. Die Unzufriedenheit, die sich gegenwärtig in den Betrieben zusammenbraut, wird von einzelnen Arbeitern, die SPD-Mitglieder sind, in die Ortsversammlungen hineingetragen werden und dort zu Forderungen nach einer anderen, arbeiterfreundlichen Politik führen.

Ähnlich wie in der britischen Labour Party wird es eine scharfe Linksentwicklung der Parteibasis geben. Wenn der rechte Flügel abgewirtschaftet hat, wenn er gar seinen Einfluß (samt Pöstchen) verliert, könnte es später sogar zu seiner Abspaltung kommen (ähnlich wie jetzt in Großbritannien).

Führungstrio Schmidt, Brandt und Wehner zurückzuführen. Diese Streitigkeiten sind lediglich ein Symptom für die politische Ratlosigkeit der SPD-Spitze.

Angesichts der gegenwärtigen und vor allem der künftigen Probleme ist die SPD-Führung ratlos und ohne klares Konzept. Die zunehmende Zerstörung unserer Umwelt, die weltweite Gefährdung der Atemluft, Vergiftung der Meere und Verschleuderung des Trinkwassers, die steigende Massenarbeitslosigkeit und die regelmäßigen kapitalistischen Wirtschaftskrisen - all dies erfordert einen klaren sozialistischen Ausweg aus dem drohenden Chaos. Dieser Ausweg kann nur auf der Grundlage eines geplanten Wirtschaftssystems gefunden werden, das unter der demokratischen Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung steht und Rücksicht auf die Erfordernisse der Umwelt nimmt.

VON IRIS CIRKEL

DRINNEN ZANK - DRAUSSEN EINHEIT

Drinnen zankten sich die Regierungschefs und Vertreter der Herrschenden Europas darüber, wie sie ihre gemeinsamen Interessen unter einen Hut kriegen könnten, und draußen demonstrierten 8.000 Gewerkschafter aus drei verschiedenen europäischen Ländern für gemeinsame Arbeiterinteressen. Maastricht (Niederlande), 23. März 1981, EG-Gipfeltreffen.

Die Kollegen waren im Rahmen der "Euregio Rhein-Maas" aus den Räumen Euskirchen, Düren, Aachen, Lüttich (Belgien) und Maastricht angereist. Ihnen schlossen sich Bremer Kollegen aus der Hochseefischerei an. Internationale Solidarität und der Kampf um die Erhaltung und Erweiterung der Arbeitsplätze standen beim Demonstrationzug durch die Stadt im Vordergrund. Dabei wurde auch die "Internationale" angestimmt.

Vor dem Maastrichter Rathaus wurden die eintreffenden Regierungschefs mit lautstarkem Protest "empfangen". Der Unmut über eine Europolitik, die nur wenigen Kapitalisten, nicht aber der Masse der Arbeitnehmer dient, war deutlich spürbar.

Der Vorsitzende der Euregio und niederländische Gewerkschaftsführer Wim Kok bekannte sich zum solidarischen Kampf für die Arbeiterinteressen und gegen die Politik der EG. Die geballte Kraft der Arbeiterbewegung hier

und in Europa kann, so Kollege Kok, die Gesellschaft verändern. "Die Herren, die sich jetzt zu Tisch setzen und speisen, sollten sich ruhig mal unsere Forderungen anhören", rief er den durch ein starkes Polizeiaufgebot abgeschirmten Regierungschefs zu. Die Sorgen um die Zukunft der Fischerei-Kollegen kamen zum Ausdruck in der Parole "Bald ist es vorbei - mit Arbeitsplätzen in der Hochseefischerei."

Trotz starken Regens war die Stimmung unter den Kollegen ausgesprochen gut. Im Anschluß an die Kundgebung waren alle Teilnehmer von den niederländischen Kollegen zu einer Tasse Kaffee eingeladen worden - auch hier erklang wieder die "Internationale". Maastricht war für die europäischen Kapitalisten eine schwere Enttäuschung, für die europäische Arbeiterbewegung jedoch eine hoffnungsvolle Bekundung ihres Zusammenhalts.

Internationalismus ist für die Arbeiter eine ganz praktische Frage. Deutsche und britische Druckereiarbeiter, sowie deutsche, französische und britische Stahlarbeiter haben dies bereits demonstriert.

Nach einem telefonischen Bericht von Manfred Engelhardt aus Aachen

Analyse der hessischen Kommunalwahl:

Ernsteste Warnung für die SPD

Grüne Gewinne und Wahlenthaltung

Die hessischen Kommunalwahlen brachten einerseits spektakuläre Erfolge für die kandidierenden Umweltschützer, andererseits aber empfindliche Einbußen bei der SPD.

Die Verluste bei der SPD bewegten sich im landesweiten Durchschnitt zwischen 2,6% (Gemeindewahlen) und 3,4% (Kreisstadtwahlen). Ein Hauptgrund hierfür dürfte die geringe Wahlbeteiligung sein. Im Vergleich zur Kommunalwahl 1977, bei der schon ein Rückgang festzustellen war, sank diesmal die Wahlbeteiligung noch einmal um 2,6%.

Dies ging vor allem zu Lasten der SPD. Die Wahlbeteiligung in Offenbach lag z.B. insgesamt bei 68,5%, doch nur gerade 40% der Wähler in den als SPD-Hochburgen geltenden Stimmbezirken (Arbeiterviertel) gingen zur Urne.

Wahlenthaltung

Der Grund für die geringe Mobilisierbarkeit der potentiellen SPD-Wähler ist in der vielzitierten "politischen Großwetterlage" zu suchen. Die Wahlanalyse des hessischen Ministerpräsidenten Börner, der in diesem Zusammenhang lediglich auf die arbeitnehmerfeindliche Erhöhung der Mineralölsteuer hinweist, greift aber zu kurz.

Denn die Palette der bundespolitischen Themen reicht von den Koalitionsvereinbarungen über die steigenden Arbeitslosen- und Inflationszahlen, Gefährdung des sozialen Besitzstandes, Mitbestimmungsstreit, Wohnungsnot bis zum "Nachrüstungsbeschluß und den Waffenexporten. Wenn man unter sozialdemokratischer Politik eine Politik für die arbeitenden Menschen, für den "kleinen Mann" versteht, kann man wohl sagen, daß in Bonn (und Wiesbaden) immer weniger sozialdemokratische Politik gemacht wird. Und die logische Konsequenz einer solchen Politik besteht in Resignation und letztlich auch in Wahlenthaltung vieler SPD-Anhänger.

Diese potentiellen SPD-Wähler haben sich nicht an der Wahl beteiligt, sie sind jedoch nicht zur CDU übergelaufen. In Frankfurt beispielsweise (wo die CDU eines ihrer besten Wahlergebnisse erzielte), betrug der Zuwachs für die CDU 957 Stimmen: doch die SPD verlor demgegenüber 23.306 Stimmen! Die meisten dieser Nicht-mehr-SPD-Wähler haben offensichtlich nicht CDU gewählt: sie sind entweder zu Hause geblieben - oder aber sie haben "grün" gewählt!

Grüne Siege...

Das herausragende Ergebnis ist das gute Abschneiden der Umweltschützer. Die Kreisstadtwahlen z.B. brachten dort, wo "grüne" und/oder "alternative" Listen kandidiert haben, für die Umweltschützer im Landesdurchschnitt 5,1%. Erwartungsgemäß legten die Umweltschützer besonders in den Orten zu, in denen die Bevölkerung unmittelbar von Umweltproblemen betroffen ist.

In Volkmarsen (Kreis Waldeck-Frankenberg), wo vielleicht eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für Kernbrennstoffe entstehen soll, konnte die gegen diese Pläne eintretende Bürgerliste auf Anhieb 41,7% der Stimmen auf sich vereinigen; die anderen Parteien mußten erhebliche Einbußen hinnehmen: CDU 26,4% (1977: 51,6%), SPD 23,4% (39,0%), FDP 8,5% (9,4%).

Diese Tendenz war auch in anderen unmittelbar betroffenen Gemeinden zu beobachten, wie z.B. in Mörfelden-Walldorf (Startbahn West), Wächtersbach (Naturschutzgebiet), Mainhausen (Giftmülldeponie) und Königstein (Umgehungsstraße, Naherholungsgebiet).

...zu Lasten der SPD

Die Gewinne der Umweltschützer trafen besonders die SPD und nahmen nur zu einem geringen Teil den anderen Parteien Stimmen weg. Einzig in Volkmarsen (siehe oben) erlebte die CDU (-25%) ein Debakel, das noch größer war als das der SPD (-15,6%).

In anderen Gemeinden sind die Verluste für die SPD noch viel größer. Es haben also die Wähler, die sich gegen die Zerstörung ihrer Umwelt wehren, vor allem den Sozialdemokraten die Stimme versagt und stattdessen "grün" gewählt.

SPD und Umweltpolitik

Stimmenverluste für die Sozialdemokraten gab es besonders dort, wo sich die örtliche SPD hinter Projekte

der SPD-Landesregierung stellte, die massiv die Umwelt schädigen. Aber auch dort, wo die örtliche SPD gegen umweltzerstörende Pläne der Landesregierung opponierte, gab es große Einbrüche. In Mörfelden-Walldorf z.B., das als Zentrum des Widerstands gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens gilt, mußte die SPD trotz ihrer aufrechten Haltung gegen die Startbahn West Einbußen von 14% hinnehmen.

Hat Holger Börner also Recht, wenn er behauptet, es habe sich für einzelnen SPD-Gliederungen nicht ausgezahlt gegen die umweltzerstörenden Maßnahmen und Pläne der Landesregierung einzutreten? Keinesfalls! Denn die SPD-Verluste in Gebieten, wo die Partei eine konsequente Umweltpolitik betrieb, sind nicht als Stimmen gegen die lokale SPD-Politik, sondern als Stimmen gegen die SPD-Landesregierung zu werten. Und solche Proteststimmen sind auch durchaus verständlich, wenn die Landesregierung sich um die Basis einen Dreck schert. (Börner betrachtet Parteitagbeschlüsse nicht als Richtschnur für seine Regierungspolitik, sondern lediglich als "wichtige Hinweise".)

Wenn die Landesregierung also z.B. schon vor der Anhörung über die Frankfurter Flughafenerweiterung diese als unabwendbar bezeichnet, und damit die Anhörung zur Farce verurteilt und der SPD-Basis in den Rücken fällt, darf sich niemand wundern, wenn viele (vor allem Jugendliche) angesichts der innerparteilichen Ohnmacht von SPD-Umweltschützern dann "grün" wählen.

Recht hat Holger Börner nur insofern, als auch solche Parteigliederungen Niederlagen einstecken mußten, die sich zwar gegen umweltzerstörende Pläne gewandt haben, dies aber sehr zaghaft taten oder ihren Worten keine Taten folgen ließen.



SPD-Basis demonstriert gegen die eigene Parteiführung.

Dies gilt vor allem für einige SPD-Unterbezirke und Ortsvereine um die als WAA-Standort geltende Stadt Volkmarsen. Hier drängte sich dem Wähler wohl der Verdacht auf, als handele es sich bei diesen Aussagen lediglich um Wahlkampfmanöver. Die Quittung für die SPD in Volkmarsen war eindeutig: trotz eines vorsichtigen "Neins" zur WAA große Stimmenverluste.

SPD-Gewinne

Es gibt auch ein Gegenbeispiel: Wie man konsequenten Umweltschutz betreiben und damit wählen gewinnen kann, hat August Hartmann, SPD-Bürgermeister in Breuna (einer Nachbarstadt von Volkmarsen), gezeigt.

Hartmann organisierte nicht nur die Einrichtung eines ständigen Büros der ca. 30 nordhessischen Bürgerinitiativen (er stellte dafür sogar einen Raum in seiner Gemeindeverwaltung zur Verfügung!), sondern er schaffte es auch, über 25% der Stimmberechtigten Breunas in der örtlichen Bürgerinitiative zu organisieren. Hartmann, auch als prominenter Kundgebungsredner bekannt, verbuchte bei den Gemeindewahlen für die SPD 63,1% der Stimmen. Rechnet man zu dieser Verbesserung von 5% gegenüber den Kommunalwahlen von 1977 noch die landesweiten SPD-Verluste von ca. 3% hinzu, so hat sich Hartmanns Politik in einem Plus von 8% niedergeschlagen. Nicht durch folgenlose Lippenbekenntnisse, sondern durch konkrete Taten gewinnt man Wähler!

Daß eine konsequente Politik der einzige Grund für das gute Abschneiden der SPD in Breuna ist, erkennt man auch daran, daß die Breunaer Bürger bei den Kreisstadtwahlen nicht die in der Wiederaufbereitungsfrage schwankende Kreis-SPD bedachten, sondern 37,6% ihre Stimme an die (bei den Gemeindewahlen nicht kandidierenden) "Grünen" vergaben.

Grüne Perspektivlosigkeit

So wichtig "grüne" Wahlsiege für die Umweltbewegung sind (weil offensichtlich nur solche Wahlsiege manche abgehoben und in ihrem Denken verkrusteten Spitzenossen aufrütteln und zum Umdenken bewegen können), so wenig stellen die "Grünen" eine Alternative dar.

Die "Grünen" waren und bleiben eine Partei, der einerseits aufgrund ihrer Zusammensetzung (größtenteils Intellektuelle) die Verbindung zur Arbeiterbewegung fehlt, und die andererseits aufgrund ihrer ausschließlichen Fixierung auf Umweltprobleme (verursacht durch die ideologische Bandbreite der Mitgliedschaft) nicht in der Lage ist, die Probleme an der Wurzel zu packen.

Die Ursache aller Umweltbelastungen ist nämlich in der kapitalistischen Gesellschaft, genauer: in dem in ihr existierenden Zwang zur Profitmaximierung zu suchen. Umweltinteressen können nur gegen massive Kapitalinteressen durchgesetzt werden. Wer außer der Arbeiterbewegung hat dafür die potentielle Macht (die allerdings erst in Bewegung gebracht werden muß)? Die Arbeiterbewegung muß jedoch erst mal selbst von den Zielen der Umweltschützer überzeugt werden.

Umweltschutz kostet Geld. Damit knabbert er die Profite der Unternehmer an. Deshalb kann Umweltschutz letztendlich nur in einer demokratisch geplanten Wirtschaftsordnung realisiert werden. Aber nicht nur wirtschaftliche Gründe sprechen für diese Überlegung, sondern auch technisch-wissenschaftliche: die ökologischen Gesamtzusammenhänge sind so kompliziert, daß sie nur durch Planung in den Griff zu kriegen sind. Wir dürfen die Entwicklung unserer Lebensgrundlagen nicht der blind und chaotisch wirkenden Anarchie der kapitalistischen Marktwirtschaft überlassen, sondern müssen sie auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse selbst gestalten.

Da die "Grünen" sich zu dieser Einsicht nicht bereit zeigen, sind sie langfristig zum Scheitern verurteilt.

Was tun ?

Die Arbeiterbewegung muß jedoch erst mal selbst von den Zielen der Umweltschützer überzeugt werden. Der einzige Ausweg führt über die SPD. Es ist zwar richtig, wenn man fordert, "die SPD, genauer gesagt ihre Führungsspitze, hat nun aus der Tatsache die Lehre zu ziehen, daß eine (knappe) Mehrheit der Bevölkerung immer dann gegen Eingriffe in die Umwelt protestieren wird, wenn sie unmittelbar davon betroffen ist." (Frankfurter Rundschau vom 24. 3. 81) Doch angesichts der oben aufgeführten Äußerungen des Ministerpräsidenten Börner ist auf eine solche Einsicht kaum zu hoffen. Wenn der übergeordnete Parteiapparat offensichtlich nicht gewillt ist, Lehren zu ziehen, müssen wir ihn dazu zwingen. Dies heißt im Falle Hessens, daß die Umweltschützer in der SPD dafür sorgen müssen, daß ihre Anliegen ohne Abstriche im Programm Eingang finden. Sollten sie nicht darauf vertrauen, daß Holger Börner und seine Regierungsmannschaft dieses in die Praxis umsetzen, müssen sie geeignete Kandidaten aussuchen.

Wenn einige führende Repräsentanten glauben, sie könnten eine Politik gegen den erklärten Willen der Partei betreiben und damit die Partei in den Augen einer wachsenden Bevölkerungszahl immer unwählbarer machen, dann muß die Parteibasis personelle Konsequenzen ziehen.

Die führenden sozialdemokratischen Politiker müssen endgültig lernen, daß sie ihre Mandate und Positionen nicht geerbt haben, sondern von der Parteibasis anvertraut bekommen haben. Die Basis muß lernen, nicht aus falsch verstandener Solidarität oder Loyalität die eigenen Funktionen immer wieder zu wählen, die Parteitagbeschlüsse nur als "wichtige Hinweise" abtun...

von einem SPD-Mitglied aus Hessen

DER BÜRGERKRIEG IN EL SALVADOR

El Salvador - ein Land so groß wie Hessen und eine halbe Million weniger Einwohner, arm an natürlichen Reichtümern, kein Erdöl, keine sonstigen Bodenschätze.

Es gibt keinen US-Landbesitz und US-Kapital sitzt nur in ein paar Schlüsselpositionen. Außer Kaffee und Krabban importieren die USA nichts aus El Salvador.

Trotzdem ist dieses Land Nummer 1 auf der Hitliste der US-Außenpolitik.

50 Jahre Militärdiktatur

Seit 50 Jahren wird El Salvador von den Militärs beherrscht. Lediglich in den 60er Jahren ließ die Oberschicht eine Liberalisierung zu.

1972 gewannen die Christdemokraten mit einem reformerischen Wahlprogramm unter der Führung von Napoleon Duarte die Präsidentschaftswahlen. Die massive Wahlfälschung seitens der herrschenden Militärs verhinderte den Regierungsantritt der Christdemokraten. Duarte verschwand bis '79 im Exil.

Die Wirtschaftskrise führte zu einer Unterbelastung der Industrie von 40%. Die Arbeitslosigkeit stieg von 10% in den Städten im Jahr 1970 auf 25% 1976. Die Militärs reagierten auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zunehmenden Klassenkämpfe mit einer Eskalation der Unterdrückung gegen die arbeitenden Bevölkerung.

Militärputsch

1979 wurde der geschwächte herrschende Militärflügel durch einen Putsch entmacht. Die neuen militärischen Machthaber versprachen eine "demokratische Öffnung". In die "Revolutionäre Regierungsjunta" wurden 3 Zivilisten aufgenommen. Auf Arbeitskämpfe und die Welle umfassender Forderungen zur Verbesserung des Lebensstandards und zur Demokratisierung antwortete das Militär zunächst mit Zuckerbrot und Peitsche. Es wurden Lohnerhöhungen zugestanden. Die Junta versprach Auflösung und Verbot der faschistischen Organisation ORDEN. Auf Plakaten stand: "Die Re-

gierung sind wir alle". Es wurde ein Dekret zur Vorbereitung einer Landreform verabschiedet. Auf der anderen Seite stürmte das Militär einen Tag nach dem Staatsstreich mehrere seit Monaten besetzte Fabriken. Die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen wurde nicht erfüllt.

Die Militärs konnten für ihre Politik keine Unterstützung in der Gesellschaft finden. Andererseits rea-

gierte die Oberschicht auf die winzigen Zugeständnisse gegenüber der arbeitenden Bevölkerung völlig hysterisch. Sie beschimpfte die Junta als "Kommunisten". Am 27.12.79 demonstrierten 100.000 Angehörige der Oberschicht unter dem Motto "Tod den Kommunisten". Die Militärjunta ging unter dem Einfluß der US-Regierung nach rechts. Dabei sollten die Christdemokraten das zivile Feigenblatt bilden. Der rechte Flügel um Napoleon Duarte war bereit dazu, was die Partei spaltete. Die übrigen Zivilisten in der Regierung wurden verdrängt.



Eine Demonstration linker Massenorganisationen mit 200.000 Teilnehmern am 22. Januar 1980 endete in

Agrarreform

Am 6.3.80 verkündete die Junta eine Agrarreform. Gleichzeitig wurde der Ausnahmezustand und die Pressezensur verhängt. Die Landreform sollte in zwei Phasen durchgeführt werden: erstens die Enteignung aller Güter, die größer als 500 ha waren, zweitens die Enteignung aller Güter über 150 ha.

Die erste Phase ist inzwischen abgeschlossen. Das Ergebnis: 133 Familien mit insgesamt 205.000 ha Land (= 14% der landwirtschaftlichen Gesamtfläche) sind betroffen. Im Durchschnitt besaß jede der Familien 1.541 ha Land. Der enteignete Boden war fast ausschließ-

lich mit Bankhypotheken belegt. Der Staat zahlte den Eigentümern 25% des Wertes in bar, den Rest erhielten die Eigentümer als Bonus für Industrieinvestitionen. Außerdem behielten die betroffenen Großgrundbesitzer ein Reserverecht für 100 ha. Die Kaffeeplantagen, Grundpfeiler der Oberschicht, waren von der Landreform ausgenommen. Kaffee wird intensiv angebaut und die einzelnen Bestitztümer sind nicht größer als 100 ha.

Das enteignete Land wurde an Faschisten und hohe Militärs aufgeteilt. Um die Durchführung der Agrarreform zu garantieren, wurde Militär auf das Land geschickt. Dies wurde dazu benutzt, Anhänger linker Organisationen zu verfolgen. In den ersten Monaten der "Agrarreform" wurden 2.000 Bauern ermordet. Die zweite Phase der Landreform wurde auf Eis gelegt.

Indessen kennzeichnen Hungerlöhne, hohe Arbeitslosigkeit, Inflation, Analphabetentum, miserable medizinische Versorgung, Wohnungsnot und mangelnde Infrastruktur die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Die Besitzverhältnisse haben sich kaum verändert. 0,5% aller Landbesitzer gehören 37,7% des kultivierbaren Landes. 93% der Landbevölkerung lebt von Kleinpärzellen kleiner als 1 ha oder ist ganz ohne Land. Die Großgrundbesitzer kontrollieren über Kreditvergabe die Industrie des Landes.

Widerstand

Der Widerstand in El Salvador ist fast genauso organisiert wie in Nicaragua. Die Guerillaorganisationen haben sich der FMLN (Befreiungsbewegung Farabundo Marti) zusammengeschlossen. Sie führen im gegenwärtigen Bürgerkrieg die militärische Verteidigung der Bevölkerung gegen die Armee.

Nach dem Sturz des Militärregimes soll ein Zusammenschluß aller Oppositionsparteien, die FDR, deren Vorsitzender der Sozialdemokrat Ungo ist, eine "revolutionäre demokratische Regierung" bilden.

Der Militärputsch 1979 hatte die Opposition zunächst völlig verun-

sichert, was auch Sinn und Zweck des Putsches war. Seither mußte die Guerillabewegung auf Grund von Fehleinschätzungen schwere Niederlagen einstecken. Marxisten sollten im aktuellen Falle von El Salvador den Guerillakampf kritisch unterstützen. Kritisch deshalb, weil diese Kampfmethoden die Bedeutung von Waffen und des ländlichen Guerillakrieges überschätzt, und dabei der Massenkampf in den Städten unter der Führung der Arbeiterklasse und die Frage einer klaren politischen Orientierung zu kurz kommen. Denn immerhin liegt der Anteil der städtischen Bevölkerung bei 43% und ist El Salvador das industriereichste Land Mittelamerikas. 37% aller Arbeitskräfte sind in der Industrie beschäftigt.

Der vorläufige Ausgang des Bürgerkrieges ist ungewiß. Die Militärs haben im Land selbst keine soziale Basis, werden jedoch von der US-Regierung unterstützt.

Selbst eine offene militärische Intervention der USA in El Salvador kann nicht ausgeschlossen werden. Das Land ist klein und rückständig. Wenn Reagan bereits vor diesem Land kapituliert, wo auf der Welt will er dann seine großkotzigen Sprüche über die Großmachtkontrolle der USA in die Tat umsetzen? Keinesfalls können die USA aber damit rechnen, El Salvador im Handstreich zu nehmen.

Falls die Guerilla keine offene militärische Intervention riskieren, wird der Sieg der Guerillas wahrscheinlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Revolution in El Salvador könnte so ihren vorläufigen Abschluß finden in einem Regime nach kubanischen Vorbild, das zur wirtschaftlich durch die Abschaffung von Kapitalismus und Großgrundbesitz große Errungenschaften gebracht hat, und deshalb populär ist, aber andererseits doch eine totalitäre Ein-Parteien-Diktatur darstellt. Nur wenn der Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse von den Städten aus vorangetrieben und geleitet wird, kann am Ende der Umwälzungen eine echte sozialistische Demokratie stehen.

Ursel Beck, Stuttgart

POLEN: WALESA BREMST GEWERKSCHAFT

Hinweis der Redaktion:

Dieser Artikel ist Ende März verfaßt worden und kann deshalb nicht mehr auf die aktuellsten Entwicklungen eingehen. Die Redaktion VORAN wird die Kämpfe in Polen weiter verfolgen und in den nächsten Ausgaben ausführlich darüber berichten.

Die Bewegung der polnischen Arbeiter seit dem Sommer 1980 wird weiterhin von aktiven Gewerkschaftern in Ost und West mit Spannung und Interesse verfolgt. Schon dreimal zuvor (1956, 1970/71, 1976) hatten sich die Arbeiter gegen die Bürokratie aufgelehnt. Jedesmal war es bisher den stalinistischen Herrschern wieder gelungen, durch eine Mischung aus Zugeständnissen und Unterdrückung die Oberhand zu behalten. Wie wird es diesmal in Polen ausgehen? Kann die Bürokratie in absehbarer Zeit die Lage wieder völlig in den Griff kriegen und alle Ansätze zu einer echten Arbeiterdemokratie abwürgen? Können es die Arbeiter schaffen, das Joch der schmarotzerischen Bürokratie abzuschütteln? Oder kann sich in Polen gar auf längere Zeit eine "Doppelherrschaft" halten, mit einem weitgehend intakten totalitären Staatsapparat und gleichzeitig freien und vom Staat unabhängigen Gewerkschaften?

In Polen herrscht ebenso wie in allen anderen osteuropäischen, sogenannten "sozialistischen" Ländern eine abgehobene, privilegierte Bürokratie, die sich durch einen totalitären Staatsapparat an der Macht hält und aus dieser Position heraus ihre großen materiellen Privilegien schöpfen kann: hohe Einkommen, Zugang zu gehobenen Gütern, Autos und westliche Waren, bessere Wohnungen und Urlaubsmöglichkeiten usw. Ebenso wie die Kapitalisten im Westen alles zu tun bereit sind, um ihre Macht zu behalten, werden auch die Ostblockbürokraten zu allen Mitteln bis hin zur gewaltsamen blutigen Unterdrückung greifen, wenn sie ihre

politische Macht (und damit ihre Privilegien) bedroht sehen (Niederschlagung der ungarischen Revolution 1956, Einmarsch in die CSSR 1968). Daher schließen sich volle demokratische Rechte und Freiheiten für die Arbeiterbewegung und die Existenz einer herrschenden Bürokratie auf Dauer gegenseitig aus.

Als im Sommer 1980 die Scharfmacher innerhalb der Bürokratie ein brutales Durchgreifen gegen die Streikbewegung forderten, mußte sie der damalige Verteidigungsminister und heutige Ministerpräsident Jaruzelski mit einer realistischen Einschätzung der Lage befehlen:

"Zur Zeit wird in 500 Industriebetrieben gestreikt. Das sind 500 Festungen. Ich habe nicht so viele Soldaten, um sie zu erobern. Und außerdem weiß ich nicht, in welche Richtung meine Soldaten schießen würden."

Ein offenes militärisches Vorgehen oder gar ein sowjetischer Truppeneinsatz, das wußten und wissen die führenden Bürokraten genau, hätte jedenfalls bisher nicht die Arbeiter wieder zum Schweigen gebracht, sondern viel eher zu einem Bürgerkrieg geführt. Deshalb blieb ihnen gar nichts anderes übrig, als erstmals den Arbeitern große Zugeständnisse zu machen. Zum ersten Mal in der Geschichte der stalinistischen Länder überhaupt mußte die Bürokratie den Arbeitern das Recht zugestehen, sich in freien und vom Staat unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren. Innerhalb weniger Wochen traten 10 Millionen dem neuen Gewerkschaftsbund "Solidarität" bei.

Die Bürokraten haben somit die Taktik geändert, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren. Aus ihrer Sicht geht es darum, die Bewegung der Arbeiter sich erschöpfen und totlaufen zu lassen, bis schließlich die Arbeiter demoralisiert sind und es wieder möglich sein wird, die Zugeständnisse zurückzunehmen. Im Moment zielt ihre Taktik genau darauf ab, die Führung der unabhängigen Gewerkschaft in ihr System zu integrieren und die "Solidarität" zu einer "staatstragenden" Kraft zu machen.

Und genau diesen Gefallen scheinen ihr die Führer der "Solidarität" bereit zu tun.

Mitte Februar erklärte der Sprecher der "Solidarität", Karol Modzelewski, in einem Interview mit der Regierungszeitung (!) "Zycie Warszawy", die Gewerkschaft wolle keineswegs die Regierung schwächen, sondern wünsche sich eine starke Regierung. Ohne die Gewerkschaft sei der Aufbau eines Systems der Partnerschaft in Polen undenkbar, meinte der neue Vizepremier Rakowski bei seiner Antrittsrede, und Parteichef Kania selbst lobte Walesa und die "konstruktive" Rolle der Gewerkschaft.

Lech Walesa, der schon seit dem letzten Herbst vom Staat sein Gehalt bezieht und sofort eine geräumige (und für Polens Verhältnisse riesige) Wohnung zugeteilt bekam, pilgerte Anfang dieses Jahres nach Rom zum Papst. Dort traf er denselben Wojtyla, der schon zehn Jahre zuvor als Bischof in Krakau zur damaligen blutigen Unterdrückung des Arbeiteraufstandes an der Ostseeküste geschwiegen hatte und dessen katholische Kirche sich schon immer mit den Herrschenden verständigte hat. Als er von Italien zurückkehrte, eilte Walesa sofort zum Premierminister, ohne sich auch nur eine Minute lang mit anderen Gewerkschaftlern abgesprochen zu haben.

Walesa setzt sein ganzes Ansehen bei den Arbeitern ein, um die immer wieder durch das Vorgehen der Bürokraten hervorgerufenen Streiks und Kämpfe abzublenden und von den "gefährlichen" politischen Zielen wieder wegzubringen. Wie ein Feuerwehrmann ist er in den letzten Wochen und Monaten von Stadt zu Stadt geeilt, um örtliche Brandherde zu löschen. Dabei nahmen diese Streiks, wie in Bielsko-Biala, Jelesna Gora, Lodz und Bydgoszcz, deutlichen politischen Charakter an: Sie richteten sich gegen Privilegien örtlicher Bürokraten, Korruption, Machtmißbrauch und einzelne gewaltsame Übergriffe. Durch die Einwirkung Walesas, der Kirche und der zentralen Parteiführung konnten bisher immer noch "Kompromisse" gefunden werden: einzelne besonders verhaßte Provinzbürokraten und Parteifürsten mußten den Hut nehmen. Die Wut der Arbeiter über die Mißstände soll auf einzelne Sündenböcke hingelenkt und unschädlich gemacht werden.

Walesa und seine Anhänger in der Führung der "Solidarität" spielen eine ähnliche Rolle wie die deutsche Gewerkschaftsführung in den Jahren nach der Novemberrevolution 1918. Im März 1920 führte der Kapp-Putsch unmittelbar zu einem Generalstreik der ganzen Arbeiterklasse. Dem rechten sozialdemokratischen ADGB-Vorsitzenden Karl Legien blieb sodann nichts anderes übrig, als sich mit kräftigen Worten an die Spitze der Bewegung zu stellen, um sie möglichst bald wieder auf "ungefährliche" Bahnen zu lenken, d.h. den Streik abblasen und die Arbeiter entwaffnen zu können.

An der Bremsen-Rolle Walesas ist schon sehr viel Kritik innerhalb der "Solidarität" laut geworden. Schon öfter wurde Walesa von den Kollegen im Gewerkschaftsvorstand überstimmt und war so gezwungen, gegen seinen Willen getroffene Entscheidungen durchzuführen. Während er es also bei den aktiveren Kollegen zunehmend schwieriger hat, seine "mäßige" Rolle zu verkaufen, konnte er bislang immer noch seine Popularität bei einer breiteren Masse ausnutzen, um die Kämpfe zu dämpfen.

Der gegenwärtige polnische Schwebzustand wird sich nicht für immer halten lassen. Stillhalten, Abwarten und höfliche Diplomatie mit den Herrschenden haben die Arbeiterklasse in einer solchen entscheidenden revolutionären Situation noch nie weitergebracht. Überall dort, wo die Arbeiter die Aufrufe ihrer "Führer" zu "Ruhe", "Mäßigung" und "Besonnenheit" befolgt haben, sind sie geschlagen und demoralisiert worden. Die jüngsten Provokationen und Übergriffe der Bürokratie sind Versuchsballons; es soll getestet werden, wie viel sich die Arbeiter (sowie die Bauern und Studenten) gefallen lassen.

In Polen besteht - darüber hat sich kürzlich auch Parteichef Kania beschwert - eine Art von Doppelherrschaft. Die Arbeiter waren schon stark genug, um der Bürokratie riesige Errungenschaften abzuringen und die ganze Ostblockbürokratie in Angst und Schrecken zu versetzen. Die Arbeiter haben auch in den letzten Monaten immer mehr politische Forderungen erho-

ben und so instinktiv die Machtfrage gestellt. Einzig und allein die führenden Kräfte der "Solidarität" um Walesa sind es gegenwärtig, die - unterstützt von ihren Ratgebern in der katholischen Kirche und Intellektuellenzirkeln um Kuron - die Arbeiter davon abhalten, um die volle politische Macht zu kämpfen. Denn solange die bürokratische Herrschaft nicht durch eine echte Arbeiterdemokratie ersetzt wird, in der hohe Privilegien, Pöstchenjägerie, Karrierismus und Vetternwirtschaft ein für allemal verschwinden, wird sich auch die katastrophale wirtschaftliche Lage Polens nicht grundlegend verbessern lassen. Alle Aufrufe zu mehr Leistung, mehr Effizienz und mehr Eigeninitiative werden bei den Arbeitern auf taube Ohren stoßen, solange sie sehen, daß eine schmarotzerische Bürokratie weiter die - durch nichts zu rechtfertigende - politische Macht ausübt.

Es kann nicht Ziel der kämpferischen Kollegen der "Solidarität" sein, sich nur auf die Rolle einer zahlenreformistischen Opposition innerhalb des Staatsapparates zu beschränken. Die polnische Revolution - wie lange sie sich auch erstrecken mag - muß letztlich zum völligen Sieg der einen oder anderen Seite führen.

Eine Arbeiterdemokratie würde voraussetzen:

- * Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen
 - * Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre
 - * Ein rollierendes System für alle Verwaltungsaufgaben statt Berufsamtentum
 - * Alle Arbeit muß allmählich von allen ausgeführt werden können.
 - * Kein stehendes Heer, sondern allgemeine Volksbewaffnung
 - * Keine Ein-Parteien-Diktatur, sondern volle demokratische Rechte für alle, die nicht mit Gewalt das Gesellschaftssystem stürzen wollen.
- Eine solche sozialistische Demokratie in Polen könnte auf Arbeiter in Ost und West eine starke Anziehungskraft ausüben und den Sturz der stalinistischen Regimes wie auch der Kapitalisten im Westen beschleunigen.

Hans-Gerd Öfinger

Interview mit drei Gärtnern:

"DAS WAR KEINE GÄRTNEREI, SONDERN EINE PFLANZENFABRIK"

Statt idylischem Beruf Akkord und Gift

In folgendem Gespräch berichten zwei Gärtnerlehrlinge und ein Gärtnergehilfe über ihre Arbeitsbedingungen. Sie arbeiten in einer süddeutschen Großgärtnerei mit ca. 125 Beschäftigten.

VORAN: "Mit welchen Erwartungen habt Ihr Eure Lehre begonnen? Wurden die Erwartungen erfüllt?"

Marianne: "Ich wurde vom Arbeitsamt hingeschickt. Ich hatte so die übliche Vorstellung: ein Gärtner läuft den ganzen Tag mit Schürze und Schaufel rum - idyllischer Beruf - man hat nur mit Pflanzen zu tun - naturverbunden und so. Da erlebte ich aber die totale Enttäuschung. Die Pflanzen werden nur als Ware behandelt, es geht nur um Kaufen und Verkaufen. . ."

Kati: "Ich war ebenfalls schockiert. Das war keine Gärtnerei, sondern eine Pflanzenfabrik. Ich war schockiert, obwohl ich von Anfang an keine romantischen Vorstellungen hatte, denn ich kannte die Verhältnisse ja teilweise schon von meinem Vater. Der ist auch Gärtner. . ."

VORAN: "Warum der Vergleich mit einer 'Fabrik'?"

Marianne: "Weil's nur um Geld geht, und um's schnelle Arbeiten. Leicht beschädigte Pflanzen, die mit ein bißchen Pflege wiederaufzupäppeln wären, werden einfach in den Abfall geschmissen. Das gleiche mit Pflanzen, die nicht mehr ordentlich aussehen: zack - und weg! Holen wir sie wieder aus dem Abfall und wollen sie mitnehmen, heißt es: bezahlen oder das ist Diebstahl!"

Kati: "Und was die Arbeit betrifft: das geht zu wie am Fließband. Große Container be- und entladen, schwere Wagen alleine schieben, tagelang stupide und eintönige Tätigkeiten im Akkord verrichten, wie z. B. Unkrautrupfen, Topfen und Ausstellen. . ."

VORAN: ". . . Moment mal, was ist 'Topfen' und 'Ausstellen'?"

Kati: "Ausstellen heißt, Tausende von (Blumen-)Töpfen in Reih' und Glied und exaktem Abstand voneinander im Ge-

wächshaus aufzustellen - und das ganze, bitteschön, in Rekordzeit. - Topfen heißt, mit drei Handgriffen einen Topf mit Erde zu füllen und gleichzeitig eine Pflanze einzutopfen. - Um Töpfe mit Erde zu füllen müssen wir manchmal die Topfmaschine benutzen. Die füllt leere Töpfe mit Blumenerde. Zwei Leute haben dabei alle Hände voll zu tun: leere Töpfe rein, volle raus, und nebenbei aufpassen, ob die Erde richtig nachkommt und sonst alles in Ordnung ist."

VORAN: "Wie schnell läuft die Topfmaschine?"

Karl-Heinz: "Die füllt bis zu 5.000 Töpfe in der Stunde, je nach dem, wie groß die sind. Da kommt man leicht in's Schwitzen. . ."

VORAN: ". . . wie war das? 5.000 Töpfe pro Stunde, das sind ja alle. . . hm, also ungefähr alle 1,3 Sekunden ein Topf! Wie schnell muß man da arbeiten? Ungefähr so?" (Versuch, ein paar ungeschickte Handbewegungen vorzuma-

chen, nebenbei auf den Sekundenzeiger der Armbanduhr schielend, Lachen, Zuerufe: "Schneller, schneller!")

Marianne: "Bestimmte Arbeiten werden nur von bestimmten Leuten gemacht. Wir Azubis müssen dauernd putzen und kehren. Einige mußten schon tagelang Betonmischen. Ich mußte schon mehrere Tage Betonplatten schleppen. Was hat das mit Gärtnern zu tun, frage ich?"

VORAN: "Eigentlich macht Ihr ja eine Lehre. Wann lernt Ihr denn mal was?"

Kati: "In der Schule halt. Tausende lateinischer Pflanzennamen müssen wir auswendig lernen. In der Gärtnerei erklären sie Dir nicht viel."

Marianne: "Nein, nein, das stimmt nicht ganz. Mir sagen sie alles. Aber ich muß natürlich laufend nachfragen deswegen. Von alleine rücken sie auch mit nichts raus, man muß ihnen schon alles aus der Nase ziehen."

Karl-Heinz: "Was man in der Berufsschule lernt, das kannste fast alles wieder vergessen. Was ich da vor ein paar Jahren gelernt habe. . . Nicht mal über Deine Rechte wirste aufgeklärt, haste ja auch kaum welche."

VORAN: "Wie sieht es mit den sonstigen Arbeitsbedingungen aus?"

Marianne: "Seit neuestem sollen wir z. B. keinen Wochenenddienst mehr haben. Eine automatische Überwachungsanlage soll angeblich jetzt alles regeln: Gießen, Heizung, Lüftung, Temperatur. Das Ding funktioniert aber meistens 'zeitweilig' nicht. Gut die Hälfte der Samstage müssen wir kommen, je nach Wetter 2 - 5 Stunden. Für mich als Azubi gibt's für zweimal Samstagsarbeit pro Monat 20,- DM. Für einen Azubi sei das viel, sagt der Chef. Gut, nicht?"

Kati: "Im Arbeitsvertrag steht drin: Arbeitsmaterialien (wie Werkzeuge und Klamotten) werden von der Firma gestellt. Pustekuchen, das stimmt nicht!"

Marianne: "Jetzt soll ich ein Stecklingsmesser selbst kaufen. Das kostet zwischen 8,- und 20,- DM. Ich kriege 360,- DM Ausbildungsvergütung."

Kati: "Unsere Stiefel, unsere Kleider - das alles wird oft total verdreckt und versifft für dem Chef seine Geschäfte, aber waschen sollen wir es selber."

Marianne: "Außerdem wird erwartet, daß wir z. B. die Messer zu Hause und

außerhalb der Arbeitszeit selber schleifen. Mir hat keiner gezeigt, wie man das macht; ich wußte nicht, daß man immer nur von einer Seite schleifen darf. Weil ich beide Seiten geschliffen habe, ist es jetzt ziemlich kaputt. Der Meister gibt uns oberdrein immer sein Messer mit. Wir sollen es bei uns zu Hause 'gleich mitschleifen'. . . Das Werkzeug müssen wir bei der Arbeit immer dabei haben. Wenn der Meister danach fragt, mußt Du es zücken und vorzeigen. Und er fragt meistens danach - weil er nämlich sein eigenes vergißt und eins von uns leihen muß."

Karl-Heinz: "Ich will mal was zum sogenannten 'Pflanzenschutz' sagen. Wie da mit Giften umgegangen wird, das ist der reinste Hohn!"

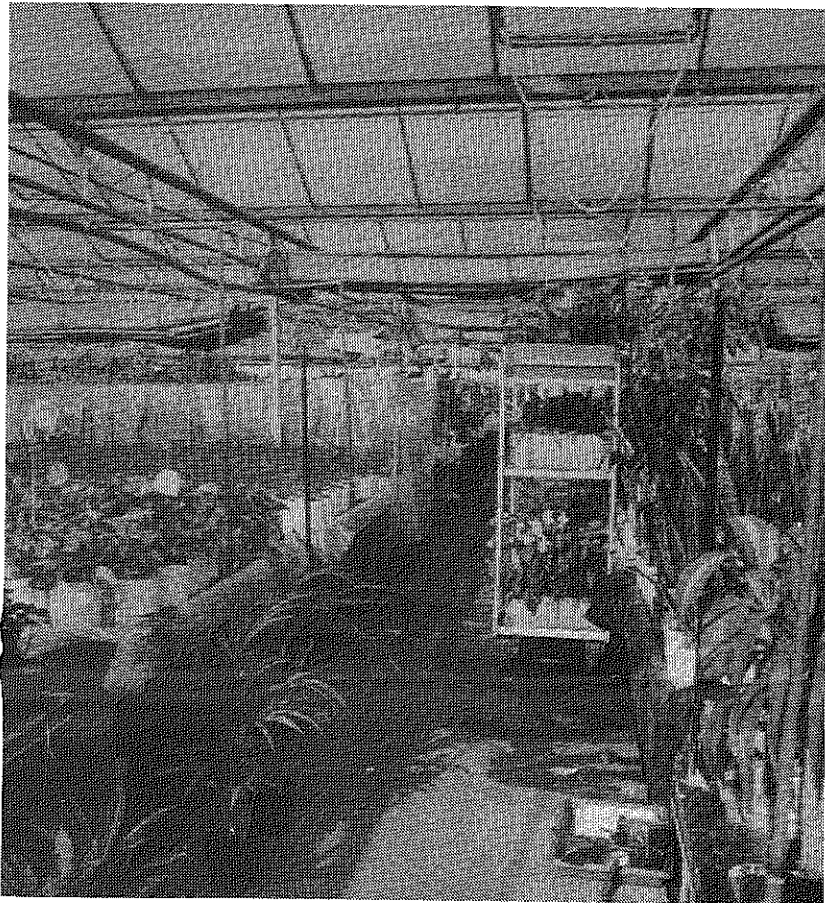
VORAN: "Gibt es keine Schutzkleidung? Werden denn die Vorschriften nicht eingehalten?"

Marianne: "Es gibt höchstens zwei Gasmasken im ganzen Betrieb. Eine habe ich sogar mal persönlich gesehen: total versifft, der Filter war bestimmt nicht mehr in Ordnung. . ."

Karl-Heinz: "Nee, nee, es gibt auch neue Masken. Die werden aber nicht benutzt. Immer, wenn die Gewerbeaufsicht kommt, ist das im Betrieb vorher bekannt. Dann werden die neuen Masken aus einem verschlossenen Schrank hervorgezaubert und bereitgelegt. Wenn die Herren dann ein bißchen rumgelaufen sind und sich alles so 'n bißchen angeguckt haben und anschließend beim Chef im Büro auf 'n Täbchen Kaffee hocken, dann werden sie rasch wieder weggeschlossen. . . Wenn mal einer nach den neuen Masken fragt, ist immer nur 'he alte da. Und wer aufmuckt, wird angeschnauzt!"

VORAN: "Dann hilft auch die Gewerbeaufsicht nix?"

Karl-Heinz: "Ach was! Die kriegen gar nichts mit. Wenn die Gewerbeaufsicht mal was nicht sehen soll, dann wird sie auch nicht in die Nähe gelassen. Ich mußte mal höchstpersönlich einen schwer beladenen Wagen vor die Tür eines bestimmten Gewächshauses schieben. Für den Tag war die Gewerbeaufsicht angekündigt. Mit dem Gewächshaus war irgendwas nicht in Ordnung. Das sollte die Gewerbeaufsicht nicht sehen. Ich mußte den Wagen an der Tür festbinden, damit da keiner reinguckt. . ."



Lehrmädchen im Hotel:

Überstunden werden nicht bezahlt

Ich bin seit dem 1. August 1979 hier in einem Hotel im Rheinland in der Lehre. Mit tollen Vorstellungen kam ich her. Du kommst da mit vielen Leuten zusammen, dachte ich. Und das Angebot im Hotel zu schlafen, hielt ich auch für ein Spitze-Angebot. In den drei Monaten Probezeit waren die auch schießfreudlich zu mir. Ich mußte nicht einmal 8 Stunden arbeiten und wurde sogar "überbezahlt", weil die mir zu den ca. 350 DM netto noch 20 DM drauflegten. Als aber die drei Monate Probezeit vorbei waren, da ging's zur Sache. Du kriegst auf einmal alles beigebracht oder mußt es zumindest alles können.

Ich würde an die Rezeption gestellt und mußte auf einmal Telefonate verbinden. Vorher hatte mir keiner gesagt, wie das geht. Woher sollte ich das dann wissen? "Ja, sowas muß man können", kriegte ich gesagt.

So ganz allmählich wurden aus den 8 Stunden plötzlich 10 - 11 Stunden. Bei Wochenendseminaren muß ich von 8 bis 14 Uhr und von 17 bis 22 Uhr arbeiten. Während der Woche geht mein Dienst von 14 bis 23.45 Uhr, manchmal geht es sogar bis nachts um eins. Überstunden kriege ich keine bezahlt. Freizeit kannst du gut wie in den Wind schreiben. An Feiertagen, Ostern, Weihnachten, am 1. Mai müssen wir auch arbeiten. Am schönsten ist es, wenn man Urlaub oder Schule hat. Aber Urlaub kriegte ich 1981 nicht. Und ob ich den Urlaub 1981 vergütet kriege, weiß ich noch nicht. Viele freie Tage stehen mir ebenfalls noch zu, die die mir bisher auch noch nicht gegeben haben.

Der Beruf an sich ist gar nicht schlecht. Aber finde 'mal einen Betrieb, wo du deine Rechte kriegst, die dir zustehen. Die kennen nur deine Pflichten, von Rechten haben die noch nie was gehört.

Ich lerne hier in der Ausbildung eigentlich sehr wenig. Wenn ich mal später als Zimmermädchen in einem großen Hotel anfangen müßte, würden die mich sofort rauschmeißen! So wenig haben die mir hier beigebracht. In der Woche arbeite ich durchschnittlich so 60 bis 65 Stunden. Umgerechnet sind dies - weil ich ja voll mitarbeite - 2 DM Stundenlohn. Der Chef denkt wirklich nur ans Geld. Sein Sohn hat von nichts 'ne Ahnung. Er kann nicht einmal Bier zapfen und weiß auch nicht, wieviel die Hotelzimmer kosten.

Als ich gleich am Anfang in der Schule war, ist uns gesagt worden, daß wir Rechte und Pflichten haben und daß man sich an die Gewerkschaft wenden kann. Ich schrieb die an und bekam dann eine Beitrittserklärung. Als ich die ausgefüllt wieder hinschickte, antworteten die wieder und sagten, ich solle doch mal aufschreiben, was für Probleme ich mit dem Arbeitgeber habe. Da setzte ich mich hin und zählte alles auf: das mit den Stunden, daß ich die Freizeit nicht kriege, daß ich nicht weiß, wie das mit dem Brutto-Gehalt ist, denn ich weiß ja nur, wie hoch mein Netto-Gehalt ist. Da haben die mir von der Gewerkschaft nur zurückgeschrieben, ich solle mal vernünftig mit dem Chef reden. Typisch! Ich schreibe doch nicht die Gewerkschaft an, wenn ich es nicht schon oft versucht hätte, mit dem Chef vernünftig zu reden.

Ausbildung als Koch:

Arbeit von Ausgelernten

Die in letzter Zeit immer lauter werdenden Rufe nach mehr Freizeit und Entlastung betreffen nicht nur die Bediensteten im öffentlichen Bereich, sondern auch uns Beschäftigte in der Gastronomie. Die Postler haben durch ihren Streik die breite Öffentlichkeit auf die Mißstände aufmerksam gemacht. Aber wie steht's mit den Gastronomiebediensteten? Immerhin, in Bayern soll die schließlich die 5-Tage-Woche für den gesamten Gastronomiebereich eingeführt werden. (Allerdings: bei einer weiterhin ca. 40- bis 48-Stunden-Woche mit Schicht- oder Teildienst.)

Bessern wird sich also rein gar nichts, im Gegenteil, da man jetzt nur noch 5 Tage arbeitet, muß man noch mehr Überstunden machen. War also nichts mit der Freizeit!

Schichtdienst heißt: 1 Woche Früheine Woche Spätdienst. Teildienst bedeutet zum Beispiel: morgens von 9 bis 14 Uhr und abends von 18 bis 22 Uhr. Klar ist, daß zuwenig qualifizierter Nachwuchs da ist, denn schon die jugendlichen Azubis werden voll mit in den Schicht- und Teildienst einbezogen. Darunter leidet nicht nur die Freizeitgestaltung, sondern auch die Freude am Job. Zu lösen wäre dieses Problem ganz einfach: indem man nämlich mehr Leute zu besseren Bedingungen einstellt, damit der Streß für den einzelnen zurückgeht. Die Folge wäre, daß der Beruf des Kochs oder des Kellners wieder an Attraktivität gewinnen würde.

Dagegen stellen sich aber die Gastronomiebonzen, die nur ihren Profit im Auge haben und denen der Mensch egal ist.

Das erste Lehrjahr war bei mir bisher hauptsächlich durch Handlanger-

tätigkeiten wie Reinigen von Geräten, des Kühlhauses, sowie der gesamten Küche bestimmt. Wie das zweite und dritte Lehrjahr bei mir aussehen wird, kann ich mir schon jetzt vorstellen. Aus Gesprächen mit älteren Lehrlingen geht hervor, daß diese dann oft die Arbeit von eigentlich höher bezahlten und ausgereiften Kräften ausfüllen und übernehmen, weil die Köche, die für diese Arbeit bestimmt und vorgesehen sind, fehlen. Kein Wunder - bei diesen miesen Löhnen und Arbeitsbedingungen.

Die Willkür meines Vorgesetzten habe ich dadurch zu spüren bekommen, daß er mir zur "Strafe" einmal einen freien Tag gestrichen hat. Der Chef kann sich nur deshalb diese Machenschaften erlauben, weil wir im Betrieb keine Jugendvertretung und keinen Betriebsrat haben. Ein Lehrling von uns hat vom Chef mal eine 'reingeschlagen bekommen, weil er zu spät zum Dienst kam. Eine weitere große "Schweineerei" ist es, daß die Arbeitszeiten von Lehrlingen (über 19 Jahre) sowie von jugendlichen Auszubildenden (unter 18 Jahre) nicht ernst genommen werden.

Man muß darauf vorbereitet sein, daß wenn man als Koch eine Lehrstelle sucht, der Chef einen beim Einstellungsgespräch fragt, ob man Gewerkschaftsmitglied ist. Es wäre dann wohl das Beste, daß man dies vor seinem Chef verheimlicht! Nach all meinen Erfahrungen stelle ich mir jetzt schon die Frage, ob ich überhaupt nach Beendigung der Lehrzeit als Koch arbeiten soll.

Der Jugendliche, der diesen Beruf anstrebt, soll nach meiner Meinung in die Gewerkschaft eintreten. Denn es sind leider viel zu wenig Arbeiter und

Angestellte aus der Gastronomie in der Gewerkschaft. Wenn man eine starke Interessen gegen die Kapitalisten besser durchsetzen.

Die Kollegen in der italienischen Gastronomie haben es uns gezeigt: dort hat ihre Gewerkschaft nämlich die 40-Stunden-Woche durchgesetzt, die in der deutschen Gastronomie noch lange nicht die Regel ist. Doch trotz der heute noch herrschenden Mißstände ist der Beruf "Koch" krisenfester als andere Berufe und auch abwechslungsreicher. Man kann sich auf verschiedene Fachbereiche spezialisieren und hat weniger Eintönigkeit als in anderen Berufen.

Wie soll es weitergehen? Soll man an die Öffentlichkeit treten wie die Postler? Sollte man vielleicht streiken? Auf jeden Fall muß etwas getan werden. Denn daß es so nicht weitergehen kann, ist klar! Sonst sind immer weniger Leute bereit, unter den gegebenen Umständen anzufangen oder weiterzumachen. Und es sind dann nicht nur die Lehrlinge, die dann die fehlenden Arbeitskräfte ersetzen können, weil sie schon so weit ausgelastet sind. Schlimm genug ist schon, daß seit Jahren auf solche Art und Weise Geschäfte gemacht wurden, von denen einzig und allein die Bonzen profitieren.

Nur wenn wir uns fest zusammenschließen, können wir eine Gesellschaft mit besseren und menschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen aufbauen.

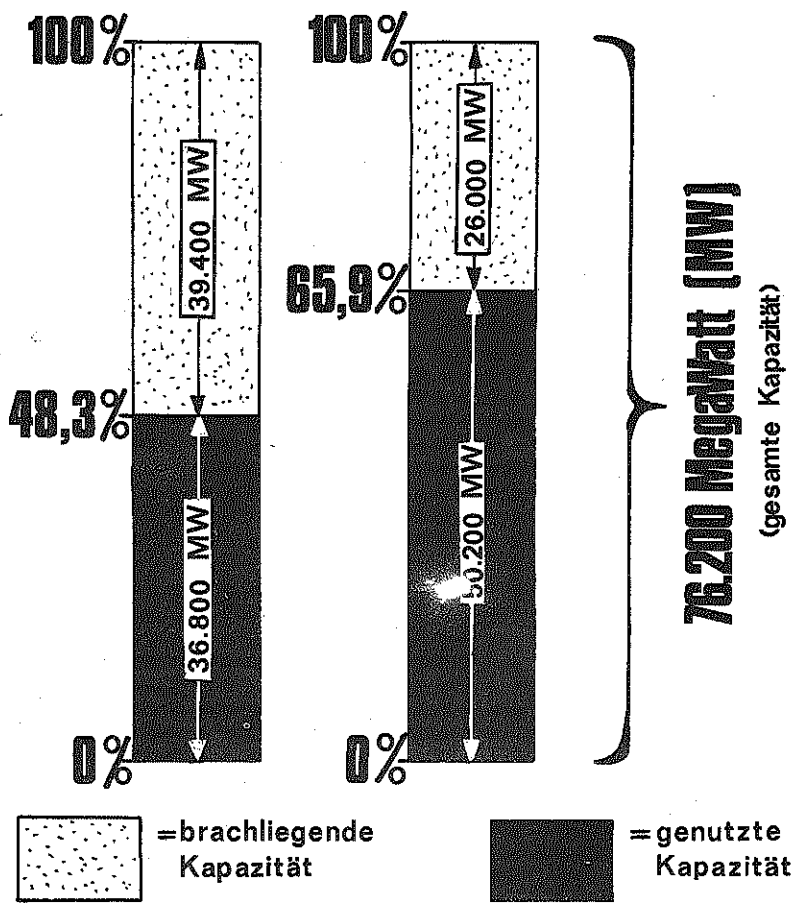
von einem Kochlehrling aus dem Ruhrgebiet

VORAN

Kapazitäts-Auslastung der deutschen Elektrizitätswerke im Jahre 1979

im Durchschnitt des Jahres 79:

im Winter (Zeitpunkt des Spitzenverbrauchs) am 17. Januar um 9.00 Uhr:



Riesige Überkapazitäten der Elektrizitätswerke:

DAS MÄRCHEN VON DER "STROMLÜCKE"

AKWs könnten stillgelegt werden

"Ohne Atomkraft geht die Lichter aus!" - Mit dieser Angstparole wird von der Atomindustrie Propaganda gemacht: für den Ausbau der Kernenergie.

"Sofortige Stilllegung aller AKWs!" - Diese Forderung erhebt die Anti-Atomkraft-Bewegung. Ein Kompromiß ist zwischen beiden Seiten nicht möglich.

Nur zu 66% ausgelastet

Gehen ohne Atomkraft wirklich die Lichter aus? Oder könnten wir es wagen, die bestehenden Atomkraftwerke (AKWs) abzuschalten? - Wir haben es nachgeprüft. In dem "Statistischen Jahresbericht der Elektrizitätswirtschaft für das Jahr 1979" (neue Zahlen hat die Atommafia leider noch nicht rausgerückt) sind folgende Tatsachen versteckt:

- im Jahresdurchschnitt waren 1979 nur 48,3% der öffentlichen Stromerzeugungskapazitäten ausgelastet. Bei einer Gesamtkapazität von 76.200 Megawatt (MW) lagen im Jahresdurchschnitt 39.400 MW brach.

- zum Zeitpunkt des Spitzenverbrauchs 1979 (das war in jenem Jahr der 17. Januar um 9.00 Uhr) waren die Kapazitäten zu 65,9% ausgelastet. Mehr als ein Drittel der Kapazitäten (oder 26.000 MW) brauchten also selbst an dem Zeitpunkt nicht genutzt zu werden, wo Engpässe am ehesten drohen.

Atomkraft machte 1979 nur 12% (oder 9.150 MW) der Gesamtkapazität aus. Zudem waren die Kapazitäten der AKWs nur zu 47% ausgenutzt, d. h. sie lagen die Hälfte der Zeit ohnehin still - wegen Reparaturen und Störungen! Legte man sie ganz still, dann beständen immer noch Überkapazitäten von 30.250 MW (im Jahresdurchschnitt) bzw. 16.850 MW (zum Zeitpunkt der Spitzenlast).

Reserven für 17 Jahre

Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) geben zu, daß eine "Sicherheitsreserve" von 8% ausreicht, um eine sichere Versorgung zu gewährleisten. Gegenwärtig haben sie eine Kapazitätsreserve (inkl. Atomkraft) von mehr als 50%! Das reicht - bei stillgelegten AKWs! - aus, um 17 Jahre lang jährliche Verbrauchssteigerungen von 2% (zum Zeitpunkt der Lastspitze!) zu decken und hinterher immer noch die erforderliche 8%ige Sicherheitsreserve zu haben! (Nicht vergessen: die weltweiten kapitalistischen Krisen in den nächsten Jahrzehnten. Es ist mehr als zweifelhaft, ob in dieser Periode der Stromverbrauch mit 2% jährlich steigen wird!)

Genug Alternativenergien

Zusätzliche Kapazitätserweiterungen ohne AKWs sind außerdem ohne weiteres drin:

- 1) Wenn die Hitze genutzt würde, die täglich aus 25.000 industriellen Dampfkesseln in die Luft verpulvert wird, könnte gewissermaßen "nebenebei" Strom erzeugt werden. Innerhalb von 10 Jahren ließen sich auf diese Weise mindestens 21.000 MW zusätzliche Kapazität mobilisieren. Das hat der Energiekonzern BP in einer vertraulichen Studie ausgerechnet. Ähnliches hat das Bundeskartellamt im Dezember 1977 amtlich festgestellt. (21.000 MW entsprechen der Kapazität von rund 20 funktionierenden - also 40 zu bauenden! - Groß-AKWs.)
- 2) Ungefähr 20 Baugenehmigungen für Kohlekraftwerke modernster Bauart (umweltfreundlich!) sind zur Zeit erteilt. Gebaut werden sie trotzdem nicht, weil die EVUs lieber auf Atomkraftwerke bestehen. (Damit läßt sich anscheinend mehr verdienen.) Die Kapazität der genehmigten, aber nicht gebauten Kohlekraftwerke: 8.000 MW (vorsichtig geschätzt).
- 3) Ein riesiges Potential von alternativen Energiequellen ist noch ungenutzt und unerforscht: Sonne, Wind, Erdwärme. Meer usw. A! In der

BRD (einem relativ sonnenarmen Land!) strahlt jährlich 80mal soviel Sonnenenergie ein wie der gesamte Energieverbrauch beträgt. Weltweit strahlt das 14.000fache des Weltbedarfs ein.

Nutze man nur die ersten beiden der genannten Möglichkeiten zu zusätzlicher Stromerzeugung bei stillgelegten AKWs, dann stünden Kapazitäten (nämlich insgesamt 96.050 Megawatt) zur Verfügung, die ein 2%iges Wachstum für 30 Jahre zuließen. "Grenzen des Wachstums"? - Im Elektrizitätsbereich jedenfalls noch längst nicht in Sicht!

Ausreichende Einsparmöglichkeiten

Auch ohne Atomkraft könnten die Stromerzeugungskapazitäten noch die Jahrzehnte hinaus ausgebaut werden. Dabei ist längst erwiesen: der Verbrauch (und damit die Produktion) von Strom muß gar nicht wachsen. Durch bessere Nutzung läßt er sich sogar senken - ohne irgendeine Einbuße in unserem Lebensstandard! Nur ein paar Beispiele:

- Durch Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser lassen sich 33% - 50% der zur Warmwasserbereitung benötigten Energie einsparen.
- Die Einführung des schwedischen Standards der Gebäudesolisierung in der BRD würde 75% der Raumheizenergie einsparen; gleichzeitig würden für die Dauer von 20 Jahren 240.000 Arbeitsplätze geschaffen.
- Bei industriellen elektrischen Antrieben gehen 50% - 70% der vom Motor abgegebenen Leistung wegen schlechter Konstruktion der Antriebsübertragung verloren; schaltet man nur die Hälfte dieser Verluste aus - was technisch leicht möglich ist - dann würden jährlich 60 Millionen Mega-

Watt-Stunden Strom gespart. Das entspricht der Jahresproduktion von 12 (!) Groß-AKWs mit je 1300 MW Leistung.

- Elektrische Haushaltsgeräte könnten mit 66% weniger Strom auskommen (bei nur 10% -15% Mehrkosten). Sie werden nur deshalb nicht eingeführt, weil der Elektro- und Atomfanz der Großkonzerne an einem hohen Stromverbrauch interessiert ist!

Für eine sozialistische Energiepolitik

Das sind nur wenige Beispiele. Sie beweisen: die kapitalistische Marktwirtschaft versagt auch im Bereich der Energieversorgung. An ihre Stelle muß eine volkswirtschaftliche Planung der Energieerzeugung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung treten!

Die EVUs bauen gegenwärtig sinnlose Kapazitäten auf und wollen diese sogar mit aller Macht noch erweitern. Um diese (Über-)Kapazitäten auch die Verbraucher loszuwerden, organisieren sie großangelegte Werbekampagnen: "Heizt mit Strom! Strom ist billiger (?) und sauberer!" Auf diese Weise wollen sie den Verbrauch künstlich steigern. Das hat mit der rationellen Befriedigung unserer Bedürfnisse nichts zu tun! Das dient lediglich dazu, größtmögliche Profite herauszuschlagen. Eine kleine, radikale Minderheit von Großunternehmen hat dabei den gesamten "Markt" in der Hand. Die nimmt keinerlei Rücksicht, wenn's um ihre Geschäfte geht: weder auf die Umwelt, noch auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung. Für ihr Profitstreben geht sie sogar über Leichen! Die einzige Alternative: eine sozialistische Energiepolitik.

VON KURT PFEIFLE

Nach Brokdorf - wie weiter?

Fortsetzung von S. 1

Die Stimmung unter den Demonstranten wird immer stiller. Oder bedrückter? Ängstlicher? Oder ist es ein Zeichen für größere Entschlossenheit? Kaum, denn immer mehr Demonstranten kommen uns entgegen: müde Umkehrer, denen es zu kalt ist, zu lange dauert, zu viele Risiken birgt.

Inzwischen hat nämlich die Hubschrauberstaffel des Bundesgrenzschutzes schon mehrere Einschüchterungen versucht: Landungen in 100 bis 200 Meter Abstand vom Demonstrationszug, Ausschwärmen mehrerer Hundertschaften Uniformierter, die uns in voller Kampfmotiv und drohender Haltung beobachten. Wir gehen trotzdem weiter.

Schließlich sind wir in der Nähe des Bauplatzes. Wieder landen zwei Hundertschaften. Sie treiben einen Keil in den Zug, teilen ihn, wollen uns den Weg abschneiden. Grimmige Blicke hinter ihren durchsichtigen Schilden, sie tun selbstsicher. Wir haken uns rechts, bilden Ketten, und umgehen sie unter und links. Hinter uns drängen noch Zehntausende nach. Plötzlich hat sich die Situation unversehens umgekehrt: jetzt sind die Polizisten von uns umzingelt! Ein Lautsprecherwagen des "Arbeitskreises Leben im DGB" fährt langsam auf sie zu: "Kollegen von der Gewerkschaft der Polizei! Wir haben bisher jede Auseinandersetzung vermieden! Dabei soll es bleiben. Wir bitten Euch: Gebt uns den Weg frei für eine friedliche Demonstration." Zuletzt machen sie Platz, die Demonstranten klatschen Beifall.

Fast fünf Uhr. Der Lautsprecherwagen ist inzwischen zurückgeblieben: ein großer Graben in der Wiese war ein unüberwindliches Hindernis gewesen. Der Demonstrationszug ist längst kein geschlossener Block mehr, sondern ein loser, zerstreuter Haufen, der von oben ein Bild wie ein Ameisenhaufen abgeben muß. Wir irren über die große Wiese. Wissen nicht wohin. Es gibt keinen Sammelpunkt für eine disziplinierte Abschlusskundgebung. Ein Lautsprecherwagen fehlt dringend. Wir können uns nirgendwohin orientieren. Den meisten Demonstranten geht es wie uns.

Wir versuchen, nach vorne, näher zum Bauzaun (besser: zur Festungsmauer) zu gelangen. Aus der Ferne sehen wir, wie ein Wasserwerfer Hunderte naßspritzt: bei der Kälte und stundenlang ohne Möglichkeit, sich irgendwo aufzuwärmen, gibt das mit Sicherheit einige Lungenentzündungen!

Weit vorne werfen vereinzelte verummte Gestalten in ohnmächtiger Wut, aber völlig sinnlos Brandsätze Richtung Zaun. Lässig pustet ein Wasserwerfer die Flammen wieder aus.

Wir machen uns wieder auf den Rückweg. Unbehelligt kommen wir nach Wilster zurück. Ich habe gemischte Gefühle, bin unsicher, weiß nicht: war das nun ein Erfolg für die Anti-AKW-Bewegung, oder sind wir "geschlagen"? Die Stimmung unter den Heimkehrern war jedenfalls seltsam bedrückt.

Erst hinterher erfahren wir, daß die Polizei zum Schluß noch auf friedlich abziehende Demonstranten massive Angriffe gestartet hat: mit der gesamten Hubschrauberstaffel mitten in der Menge gelandet, Prügel einsetzte usw. - Was sollte damit wohl noch erreicht werden? Einschüchterung? Den Pressefotografen und Fernsehfilmern auf ihren Logenplätzen doch noch zu ihren vorhergesagten (und herbeigewünschten) "Krawallen" zu verhelfen? Die Öffentlichkeit hinterher über den überwiegend friedlichen Verlauf der Demo zu täuschen? Von allem wohl etwas...

Bei mir festigt sich die Erkenntnis: der Kampf gegen AKWs kann nur politisch gewonnen werden, "militärisch" niemals - schon gar nicht von der kleinen Minderheit "Militanter". Ich stelle mir vor, die 100.000 Demonstranten wären alle in der SPD und im DGB aktiv. Wirklich aktiv... Was will Schmidt, was kann Loderer, was soll der Atomfanz da noch ausrichten? Schließlich hat die SPD gegenwärtig kaum mehr als 100.000 aktive (von 900.000 beitragszahlenden) Mitglieder.

Gegen das Gefühl der Ohnmacht hilft nur eines: Wir müssen mehr werden. Aus Remscheid müssen bei der nächsten Demo doppelt so viele Leute mitfahren. Und "zwischen den Demos" muß ebenfalls was laufen...

Ein Remscheider Teilnehmer an der Brokdorf-Demo vom 28.2.81

Nachtrag: Inzwischen wurde von den Remscheider Teilnehmern an der Demo (Jusos und Nicht-Jusos) ein "Arbeitskreis gegen Atomkraft" gegründet. Er hat drei Ziele:

- sich selbst in der Frage der Atomkraft noch mehr fundierte Kenntnisse anzuverleihen (damit er der Atommafia bessere Argumente um die Ohren hauen kann)
- möglichst viele andere Leute davon zu überzeugen, daß Atomkraft zu teuer, zu gefährlich, zu unverlässlich, und völlig unnötig ist (weil es noch viel zu wenige sind, die dies wissen)
- und auch praktische Widerstandsaktionen gegen das Bonner Atomprogramm zu organisieren und zu unterstützen (weil manchmal selbst die besten Argumente allein nichts nützen, solange andere die Macht im Staate haben, oder?).

Unsere Forderungen lauten

- * Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke!
- * Kein Export von Atomtechnologie ins Ausland!
- * Überführung aller am Atomgeschäft beteiligten Firmen (Versicherungen, Banken, Atomindustrie, Elektrokonzerne, Elektrizitätserzeugung) in Gemeineigentum!
- * Kontrolle und Verwaltung dieser in Gemeineigentum überführten Unternehmen durch die arbeitende Bevölkerung und die DGB-Gewerkschaften!
- * Keine Entlassungen in der Atomindustrie! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten!
- * Umrüstung der Atomindustrie auf alternative Produktion! Ausarbeitung eines Planes hierzu durch die DGB-Gewerkschaften und die Beschäftigten selbst!
- * Ausarbeitung eines volkswirtschaftlichen Planes zur rationellen Erzeugung von Strom und Energie!
- * Sofortige Anstrengungen, um die industrielle Abwärme zur Stromerzeugung zu nutzen!
- * Sofortige Erforschung und Entwicklung der alternativen Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme, Meer usw.) unter Einsatz massiver staatlicher Finanzmittel!
- * Sofortige Maßnahmen, um die bessere und rationellere Nutzung von Energie und Elektrizität in die Tat umzusetzen!
- * Rechtzeitiger Bau der bereits genehmigten umweltfreundlichen Steinkohlekraftwerke!
- * Für eine sozialistische Planwirtschaft auf dem Energiesektor - für die Anwendung modernster Erkenntnisse aus Technik, Wissenschaft und Ökologie bei der Energieerzeugung!
- * FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPOLITIK!

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe 7 DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Ofinger, Poch Essen 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. _____ erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75